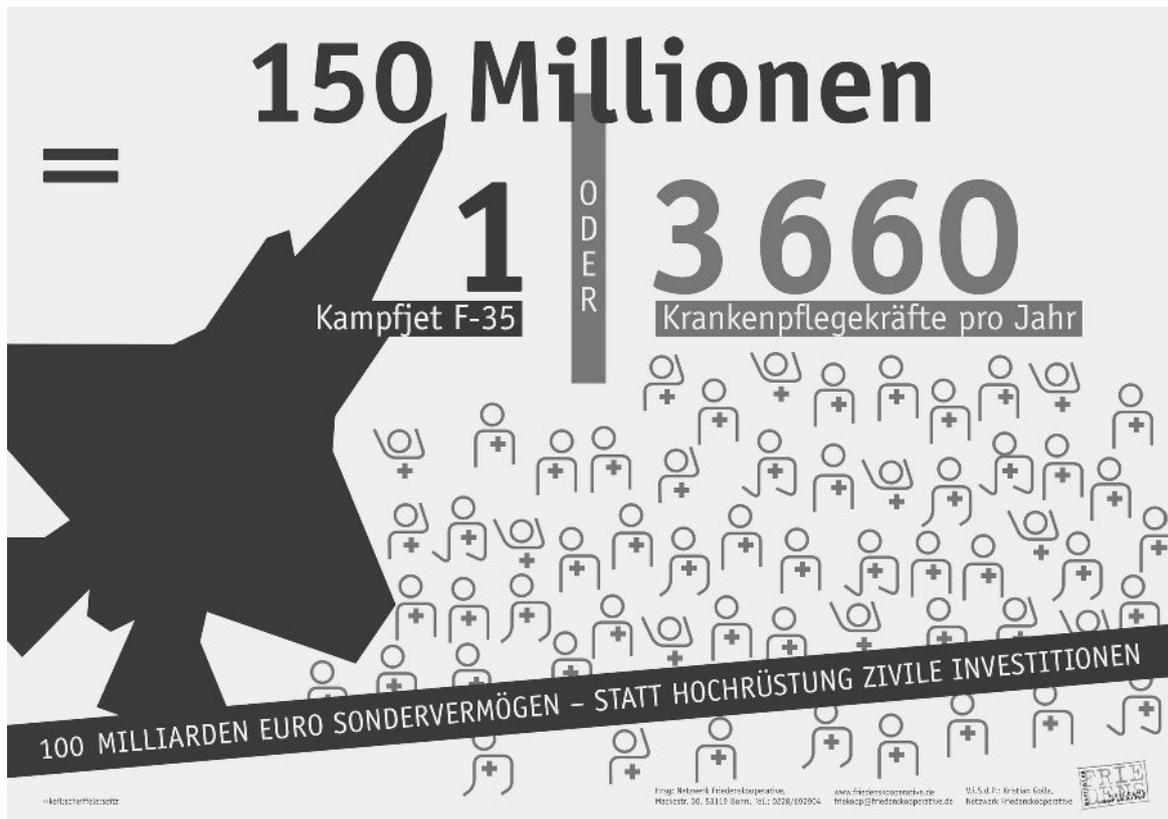


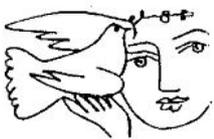
# FRIEDENS JOURNAL



## Antikriegs- und Sozialproteste gehören zusammen!



- Milliardengrab Kampfjet F-35
- Militarisierung: Zeitenwende in den Köpfen
- Wer profitiert von der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik?
- Kriegsdrehscheibe Deutschland
- Sozialdemos: Gegen Teuerung, aber nicht gegen den Krieg?



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Nov. - Dez. 2022/Nr. **6**

## Antikriegs- und Sozialproteste gehören zusammen!

Inhalt	
Milliardengrab Kampffjet F-35	3
Volkswiderstand in der Schweiz gegen Kampffjet-Beschaffungen	6
Zeitenwende in den Köpfen	8
Wer profitiert von der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik?	10
Kriegsdrehzscheibe Deutschland	12
Buchbesprechungen	14
Sozialdemos: Gegen Teuerung, aber nicht gegen den Krieg?	16
Soziale Gerechtigkeit ist ohne Frieden und Abrüstung nicht zu haben	18
Friedensnetz Baden-Württemberg	19
Bundesweiter Friedensratschlag 2022	20
<b>Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6.11.2022</b>	
Impressum	
Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.	
<b>Herausgeber:</b> Bundesausschuss Friedensratschlag Germaniastraße 14, 34119 Kassel www.friedensratschlag.de	
<b>Redaktion:</b> Lühr Henken, Werner Ruf, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil	
<b>Redaktionsanschrift:</b> Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77, 60329 Frankfurt am Main e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de	
<b>Kontoverbindung:</b> Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90	
<b>Internetausgabe:</b> auf <a href="http://www.frieden-und-zukunft.de">www.frieden-und-zukunft.de</a> einschließl. Fußnoten und weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab 2010. <b>ISSN 2193-9233</b>	

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vorliegenden Ausgabe thematisieren wir zunächst mal die Hochrüstung und Kriegspropaganda, die Ansatzpunkte für Friedensaktivitäten sind. Auf der Titelseite haben wir ein Plakat abgedruckt, das bereits bei Friedensdemonstrationen zu sehen war. Der Kampffjet F-35 ist zwar nur ein Beispiel für die irrsinnige Hochrüstung, aber wohl der beste Ansatzpunkt, wenn man sich die Einzelprojekte der 100 Mrd. Euro Rüstungsinvestitionen anschaut.

Interessant ist dabei ein Blick auf die Schweiz, wo die Beschaffung von Kampffjets und zuletzt speziell des F-35 innenpolitisch hohe Wellen geschlagen hat. Wir haben deshalb einen Interviewbeitrag mit der *Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)* mit aufgenommen.

Weitere Beiträge befassen sich mit der zunehmenden Militarisierung, den wirtschaftlichen Konsequenzen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowie die direkte Beteiligung deutscher Standorte im Ukraine-Krieg.

Der Herbst dieses Jahres ist geprägt von wachsender Unruhe in der Bevölkerung wegen drastisch steigender Lebenshaltungskosten, die in erster Linie auf die Teuerung bei den Energiepreisen zurück zu führen ist. Letzteres hängt hauptsächlich mit dem Ukraine-Krieg zusammen. Naheliegend ist auch deshalb die Forderung nach diplomatischen Aktivitäten, die zu einer Beendigung des Krieges am Verhandlungstisch führen. Auf Seite 18 haben wir dazu den Text eines Flyers der Friedensbewegung abgedruckt, mit dem wir uns bei den Sozialprotesten am 22.10. bemerkbar gemacht haben.

Letztere standen unter dem Vorzeichen, die Hauptursache für die aktuellen Probleme auszublenden. Die Mobilisierung blieb deshalb auch eher mäßig. Es bleibt zu hoffen, dass nach einer kritischen Aufarbeitung dieses Aktionstages insbesondere bei den Gewerkschaften der Zusammenhang von Antikriegs- und Sozialprotesten als Mobilisierungsfaktor aufgegriffen wird. Hierzu werden in dem Meinungsbeitrag „Gegen Teuerung, aber nicht gegen den Krieg?“ einige kritische Fragen für die weitere Diskussion aufgeworfen.

Ein offener Debattenraum für vorhandene Kontroversen ist auch eine wichtige Grundlage für den bundesweiten Friedensratschlag, der nach zweijähriger Zwangspause wieder im Dezember stattfindet (ausnahmsweise am zweiten statt am ersten Wochenende). Mit anderen Räumlichkeiten in Kassel werden wir dort auch andere Formate für Einzelveranstaltungen erproben. Während der Informationsbedarf zu aktuellen Fragen – insbesondere zum Ukraine-Krieg – weitgehend durch zahlreiche Webinare im Laufe dieses Jahres abgedeckt werden konnte, besteht ein großer Stau für Treffen in größerer Runde für Diskussionen, informellen Austausch und persönlichen Einzelgesprächen. Wir hoffen, dass unser Angebot bedarfsgerecht ist und freuen uns auf die Anmeldungen.

Karl-Heinz Peil

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Anmerkungen und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung unter <https://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal>

### Unterwegs zu einer neuen Weltordnung - Weltkrieg oder sozialökologische Wende zum Frieden

Der bundesweite Friedensratschlag 2022 findet nach zweijähriger Unterbrechung wieder als Präsenzveranstaltung in Kassel statt. Dieser erfolgt in einer Zeit

- wo der Ukraine-Krieg zum offenen Stellvertreterkrieg zwischen der Nato und Russland eskaliert und zugleich diplomatische Verhandlungskanäle und Friedenspläne blockiert werden;  
- wo eine sich entwickelnde neue Weltordnung einher geht mit einer parallelen Menschheitsbedrohung durch atomare Selbstvernichtung und Verhinderung der notwendigen sozialökologischen Wende zum Frieden;

- wo die Folgen des EU-Wirtschaftskrieges in Deutschland zu massiven sozialen Protesten führen;  
- wo eine offene Debatte über die genannten Themen massiv eingeschränkt wird und auch innerhalb der Friedensbewegung großer Diskussionsbedarf besteht.

(Infos zum Programm und zur Anmeldung auf Seite 20)

# Milliardengrab Kampfjet F-35 – auch für Deutschland

von Karl-Heinz Peil



Kampfjet F-35A, Foto: Wikipedia

Ausgeliefert wurden von Beginn der Produktion 2001 bis Ende 2021 ca. 750 Stück, davon die meisten an das US-Militär mit einer Langzeitplanung von ca. 2.500 Stück. Vor der Bestellung Deutschlands in den USA haben bereits 10 andere Länder den F-35 bestellt und mehr oder weniger bereits im Einsatz. Dessen Umfang beläuft sich derzeit auf ca. 450 Stück.

**Der F-35 ist ein Exportschlager der USA als „fortschrittlichster“ Kampfjet aller Zeiten, kann aber zugleich als „Schrottkiste“ bezeichnet werden. Wie passt das zusammen?**

Als wesentlicher Teil des 100 Mrd. Euro „Sondervermögens“ für die Bundeswehr ist die Beschaffung von 35 Stück des US-Kampfjets F-35 vorgesehen. Die Beschaffungskosten belaufen sich aktuell auf 8,4 Mrd. Dollar.

Für die Bundeswehr ist ein Großteil der bestellten Kampfjets als Trägersystem für die im Fliegerhorst Büchel lagernden US-Atomwaffen vorgesehen, die – nach erfolgter Modernisierung – nur auf US-zertifizierten Kampfjets bestückt werden dürfen. Die F-35-Kampfjets sollen damit die vor mehr als 40 Jahren eingeführte Tornado-Flotte ablösen, die für das bisherige Atomwaffenarsenal als Trägersystem diente.

Verantwortlich für die Produktion des F-35 ist Lockheed Martin. Teilweise erfolgt aber auch eine Endfertigung in Japan und Südkorea, die sich ebenso wie Großbritannien, Italien, Niederlande, Australien, Kanada, Dänemark, Norwegen und die Türkei an der Entwicklung beteiligt haben.

Die Türkei – immerhin NATO-Mitglied – wurde 2019 aufgrund der Beschaffung russischer Flugabwehrsysteme aus dem F-35-Programm entfernt. Zuvor wurde bereits entschieden, keine F-35 mehr an die Türkei zu liefern.

## Der "fortschrittlichste" Kampfjet aller Zeiten

Der F-35 gilt nicht nur als das teuerste und ambitionierteste Rüstungsprojekt des US-Militärs, sondern ist bis heute auch mit massiven Verzögerungen der „vollen Serienproduktion“ verbunden, was mit dem beabsichtigten Fähigkeitsprofil als „fortschrittlichstes und tödlichstes Kampfflugzeug“ zu tun hat.

Die Gründe für die Komplexität ergeben sich vereinfachend auf zwei Ebenen:

Erstens: Die Tarnkappentechnik stellt extrem hohe Anforderung an die Konstruktion und verwendeten Materialien. Mit vielen konstruktiven Details soll die Erkennung durch gegnerisches Radar verhindert werden. Unklar ist jedoch, ob diese Eigenschaften durch neuere technische Entwicklungen der Radartechnik nicht obsolet werden.

Zweitens: Die mit dem F-35 zum Einsatz kommende vernetzte Kriegsführung mit allein 50 Datenschnittstellen zu Bodenstationen und dem Hersteller in den USA erfordert langjährige Erprobungen und ständige Software-Updates. Damit sollen zwar primär instandhaltungsrelevante Daten geliefert werden, jedoch ist dieses auch politisch hoch brisant.

Faktisch werden damit alle Einsatzinformationen an die USA weiter geleitet, was theoretisch auch eine Startblockierung per Fernsteuerung beinhalten könnte.

## Beschaffungskosten: Nicht berechenbar

Über die tatsächlichen Kosten bzw. Kostenrisiken dieses Kampfjets gibt es weltweit mehrere Studien, in denen die massiven Probleme des F-35 offen gelegt werden. Auch in Deutschland wurde dazu im Mai 2022 eine im Auftrag von Greenpeace Deutschland von Johannes Mikeska erstellte Studie veröffentlicht. [1]

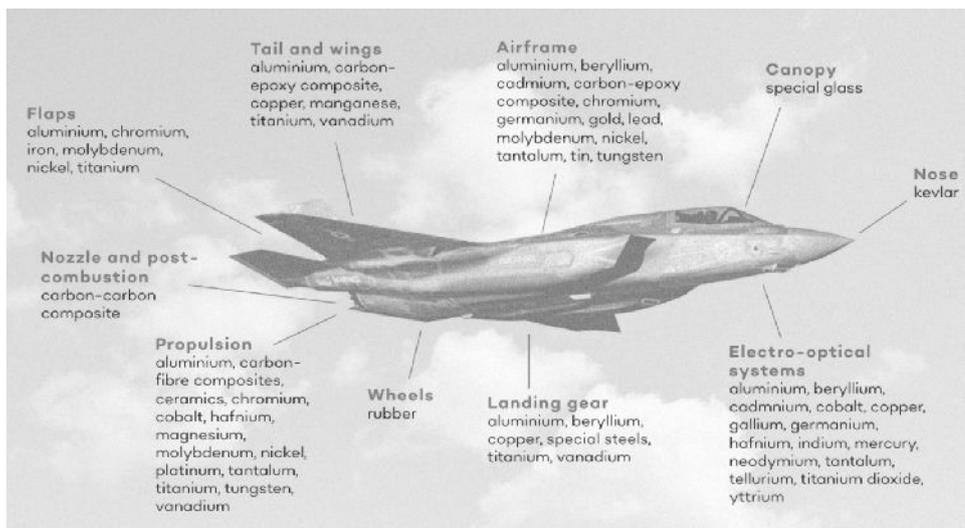
Einen breiten Raum nimmt in der Studie die Abschätzung der Kosten für Beschaffung und Betrieb über eine jahrzehntelange Nutzungsdauer ein. Die hierbei aufgezeigten Kostenrisiken verweisen auf die völlige Intransparenz der Kostenermittlung, die auch vertraglich mit dem Hersteller kaum reduziert werden können.

Seitens des US-Rechnungshofes GAO wurden bereits mehrere kritische Berichte publiziert, die sich von der Beauftragung im Jahr 2001 bis heute hinziehen. In dem umfangreichen „Cost Estimating and Assessment Guide“ [2] vom März 2020 wird auf mehrere frühere Fallstudien zum F-35 hingewiesen. Auch nach zwei Jahrzehnten der Entwicklung existieren noch immer über 800 bekannte Mängel, weshalb eine F-35 im Schnitt nur zu 40% der Zeit voll einsatzbereit ist.

Fast ein Dutzend Mängel sind derart gravierend, dass sie zum Absturz des Flugzeugs führen können. Insbesondere sind die Problem mit dem Triebwerk gravierend. Bei allen bislang produzierten und ausgelieferten F-35 handelt es sich deshalb um Modelle aus der sogenannten „Anfangsproduktion“, die noch nicht alle Anforderungen an ein vollständig ausgereiftes Flugzeug erfüllen müssen.

Für den Stückpreis in der Beschaffung lässt sich systembedingt nur eine grobe Größenordnung angeben, die derzeit bei ca. 200 Mio. Euro liegt.

Die tatsächlichen Kosten sind eine Mischung von variablen Kosten aufgrund der Stückzahlen, der Einbeziehung von Betriebsmaterial pro Einheit



Ressourcenverbrauch eines Kampffjets. Grafik: Kay Stephens.

Quelle: Martial Mining Report 2020, herausgegeben vom London Mining Network [5]

Die Lebenszykluskosten betragen deshalb nach verschiedenen Schätzungen bis zum 5-fachen des Anschaffungspreises, während bisher bei Kampffjets der Wert 2,5 als Standard galt.

Ein Haupt-Abnehmer für den Kampffjet F-35 war bisher Südkorea. Wegen der horrenden Betriebskosten ist Südkorea jedoch derzeit dabei, einen eigenen Kampffjet KF-21 zu entwickeln, der mit einem abgespeckten Funktionsumfang nur die Hälfte der Betriebskosten des F-35 erfordern soll.

Die bereits genannte, beschränkte Einsatzfähigkeit des F-35 liegt weit unter dem Durchschnitt von typischen Kampffjets. Weniger Flugstunden bedeuten zwar weniger Treibhausgas-Emissionen, jedoch anderweitig höhere Kosten durch den hohen Instandhaltungsaufwand. Dieses erklärt auch, weshalb die vorhandenen Abschätzungen der Lebenszykluskosten weit auseinander gehen.

### Vielfältige Umweltbelastungen

Der Kampffjet F-35 zeigt exemplarisch, welche Ressourcen bei Rüstungsgütern beansprucht werden. Dieser besteht aus 300.000 Einzelteilen und wird von 1.900 Zulieferern rund um den Globus zusammengebaut. Allein für das Seitenleitwerk des Flugzeugs werden 30 separate Titanteile beigelegt. Für jedes Kampfflugzeug des Typs F-35 müssen mehr als 450 kg Metalle der Seltenen Erden bereitgestellt werden.

Bei der Verwendung dieser Mineralien und Metalle gibt es eine direkte Konkurrenz zu deren Verwendung für Anlagen zur ökologischen Stromerzeugung. Auf diese Problematik wurde bereits 2020 in einer EU-Studie hingewiesen (Titel: „Critical Raw Materials for Strategic technologies and Sectors in the EU“).[4]

Hinzu kommt, dass für den laufenden Betrieb eine komplexe Logistik vorhanden sein muss. In Großbritannien besteht bereits ein Instandhaltungszentrum für den F-35 mit einer Lieferkette von bis zu 500 Unternehmen für den Bau von etwa 15 % der für die Produktion geplanten 3.000 Kampffjets.

und Fixkosten für die zugehörige Infrastruktur. Überschlüssig kann man davon ausgehen, dass mindestens ein Drittel der Beschaffungskosten als Fixkosten bzw. Systemkosten anzusehen sind.

Für die von der Bundeswehr geplante Stückzahl von 35 sind Beschaffungskosten von 8,4 Mrd. US-Dollar veranschlagt, gemäß Stand vom Juli 2022. Allein aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Wechselkursverluste des Euro gegenüber dem Dollar haben sich diese Kosten jedoch bereits deutlich erhöht.

### Lebenszykluskosten: Das schwarze Loch

Produziert wird die F-35 von Lockheed Martin. Für die Bestellung durch die Bundeswehr wird eine Beteiligung deutscher Firmen zur Produktion einzelner Teile oder an der Instandhaltung gewünscht.[3] Faktisch dürfte damit auch die ohnehin bereits komplexe Logistik noch mehr aufgebläht werden, was zu weiteren Kostentreibern führen wird.

Für die zu erwartenden Betriebskosten spielt die geplante Flugstundenzahl eine maßgebende Rolle. Diese hängt z.B. davon ab, welchen Anteil an physischen Flugstunden durch Simulatoren ersetzt werden kann.

Eine Flugstunde des F-35 kostet die US Air Force aktuell 44.000 US-Dollar, wobei der Hersteller seit Jahren eine Reduktion auf 25.000 US-Dollar bis

2025 verspricht.

Zu einem von der Schweiz erstellten Kaufvertrag über 36 Stück F-35 erschien am 8.7.2022 ein Bericht der eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) zum Risikomanagement dieses Projektes. Wesentliche Punkte der EFK sind: Die USA haben der Schweiz zur Beschaffung der F-35 nie verbindliche Festpreise und noch viel weniger Preisgarantien angeboten. Vielmehr handelt es sich bei den im Kaufvertrag zwischen der Schweiz und den USA allein um geschätzte Preise.

Die Betriebskosten werden demnach in den einschlägigen Dokumenten „immer als Schätzungen dargestellt“. Es gibt viel Grund zur Annahme, dass die tatsächlichen Betriebskosten um Milliardenbeträge höher liegen werden als Lockheed Martin zwecks Verkaufsförderung jetzt behauptet. Der ehemalige Chef der Schweizer Armee André Blattmann rechnet mit jährlichen Kosten von 12% des Anschaffungspreises, was über 30 Jahre hinweg Lebenszykluskosten in der Höhe von 23 Mrd. Franken bei einem vorgesehenen Beschaffungspreis von 5 Mrd. Franken zur Folge hätte.

Die kanadische Regierung hat bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG eine Studie erstellen lassen, die zum Schluss kommt, dass der F-35 bei einem Beschaffungsvolumen von 9 Mrd. kanadischer Dollar über die gesamte Lebensdauer über 45 Mrd. kanadische Dollar kosten würde.

Pro Flugstunde werden (nach unterschiedlichen Angaben) mehr als 5.000 Liter Kerosin verbraucht, was um 60% höher liegt als bei dem seit Jahrzehnten im Einsatz befindlichen US-Kampffjet F-16.

Welche Belastungen damit letztlich durch die hierdurch verursachten Treibhausgasemissionen entstehen, ist hingegen schwierig zu berechnen, da man wegen der technischen Probleme nicht 8.000 Betriebsstunden (als definierte „Service lifetime“), sondern evtl. nur ein Viertel dessen über den Lebenszyklus ansetzen kann.[6]

Bei einer Nutzungszeit über 40 Jahre würden sich 8.000 Flugstunden verteilen auf 200 Stunden jährlich.

Die Lärmbelastung des F-35 ist sehr hoch im Vergleich zu anderen Kampffjets und hat bereits an vorhandenen Stationierungsorten in den USA zu Protesten geführt.[7]

### Viele Widerstände gegen den F-35 auch von unten

Der Widerstand gegen Kampffjetprogramme und speziell den F-35 ist bereits seit mehreren Jahren in verschiedenen Ländern vorhanden. In der Schweiz wurde eine von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) initiierte Volksabstimmung gegen das Kampffjet-Beschaffungsprogramm der Regierung im Jahr 2020 nur sehr knapp abgelehnt. Eine neuerlich geplante Volksabstimmung im Frühjahr 2023 gegen die nunmehr geplante F-35-Beschaffung wurde trotz des er-

reichten Unterschriften-Quorums von der GSoA zurück gezogen, weil man seitens der Schweizer Bundesregierung mit einer vorgezogenen Bestellung in den USA bereits vollendete Tatsachen geschaffen hat. [8]

Gleichfalls nicht erfolgreich war man in Kanada. Die Friedensaktivistin Tamara Lorincz hat in einer für die „Women's International League for Peace & Freedom (WILPF) Canada“ verfassten Studie umfassend die Argumente gegen die Kampffjet-Aufrüstung der kanadischen Bundesregierung und speziell zur finalen Festlegung auf den F-35 zusammen gestellt [9].

Im Gespräch mit dem Autor fasste sie ihre Kritik mit knappen Worten zusammen: „It's a lemon“. Auf deutsch: Eine Schrottkiste. Womit die eingangs gestellte Frage beantwortet werden muss, warum dennoch so viele Länder auf den F-35 großen Wert legen.

In Deutschland wurde von der *Ethicon Stiftung Ethik & Ökonomie* eine Unterschriftenaktion gegen die Beschaffung des F-35 initiiert [10]. Seitens der Stiftung meinte Ingrid Koschmieder gegenüber dem Autor, dass dessen Erwerb „eher eine Art Vasallentribut zu sein“ scheint.

Seitens der deutschen Friedensbewegung wird die Beschaffung vor allem wegen dessen Funktion zur atomaren Teilhabe mit den modernisierten US-Atomwaffen in Büchel kritisiert. Da deren Zertifizierung und die Auslieferung der dann vorgesehenen Produktionsserie Block 4 an Deutschland

reits angelaufen. Im November 2021 wurde die erste B61-12 fertiggestellt und im Laufe des Jahres 2022 wird ein Übergang in die volle Serienproduktion angestrebt. Die neuen Bomben sollen eine Lebensdauer von mindestens 20 Jahren haben.

Es ist allerdings noch unklar, wann genau die neuen Atombomben in den Teilhabestaaten, also auch Deutschland, stationiert werden. Der konkrete Zeitplan wird u.a. davon abhängen, welche Trägersysteme jeweils für den neuen Bombentyp bereitstehen.

erst in etwa fünf Jahren erfolgen kann, ist dieses sicherlich nicht das entscheidende Motiv, zumal dafür auch preiswertere Alternativen möglich wären.

Da man in der deutschen Politik danach strebt, militärisch unter Einbeziehung der einheimischen Rüstungsindustrie eine europäische Führungsposition zu werden, ist das US-Waffensystem F-35 offenbar unverzichtbar. Dieses entspräche auch der Logik mit der Einführung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr. Da die Eurodrohne erst entwickelt werden muss und frühestens 2027 zur Verfügung steht, wurde 2021 als Übergangslösung – zum Aufbau von eigenem Know-how – die Heron TP von Israel geleast.

Johannes Mikeska stellt in seiner bereits genannten Studie zum F-35 die Frage, ob dieser nur als „unausgereifte Brückentechnologie“ anzusehen sei. Dieses dürfte zumindest aus Sicht der deutschen Politik zweifelsfrei zu bejahen sein. Schließlich möchte man ja mit dem Projekt FCAS (Future Combat Aircraft System) in Verbindung mit dem Projekt MGCS (Main Ground Combat System) selbst das teuerste Rüstungsprojekt aller Zeiten realisieren.

Das heißt: Beginnend mit dem F-35 sollen auch über die nächsten Jahrzehnte gigantische finanzielle und materielle Ressourcen verbrannt werden, die für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau fehlen werden. Würden diese „Zukunftsprojekte“ realisiert, werden mit Sicherheit der Klimawandel oder das Militär verbrannte Erde hinterlassen.

### B61-12 – neue Atombombe für die nukleare Teilhabe

Gegenüber den bisherigen Atombomben erhalten die Bomben des Typs B61-12 neue, spezielle Fähigkeiten (u.a. elektronisch gesteuertes Heckleitwerk, bunkerbrechendes Design). Diese erhöhen Genauigkeit, Schlagkraft und Einsatzoptionen gegenüber den Vorgängertypen.

Die Bomben haben zudem eine variable Sprengkraft von 0,3 bis zu 50 Kilotonnen TNT-Äquivalent. Die Produktion der modernisierten B61-12 ist be-

### Nukleare Zertifizierung der F-35

Bislang ist die F-35 noch nicht als nukleares Trägersystem zertifiziert. Erst die modernisierte F-35 Block 4 wird diese Zertifizierung bekommen. Nuklear befähigt werden dann jeweils nur Flugzeuge, die für eine nukleare Sonderrolle vorgesehen und dafür mit besonderer Hardware ausgestattet sind.

Quelle: Die F-35: Viel Geld für wenig Sicherheit, von Johannes Mikeska (Greenpeace-Studie, Juni 2022)

# Volkswiderstand in der Schweiz gegen Kampfjet-Beschaffungen

Interview mit Roxane Steiger, Sekretärin der Gruppe Schweiz ohne Armee (GsoA), Zürich



Foto: Aktion der GsoA anlässlich der Volksabstimmung gegen das Kampfjet-Programm der Schweizer Armee 2018

*FJ: Die GSoA hatte eine Volksinitiative gegen die Beschaffung des Kampfjets F-35 gestartet. Im März nächsten Jahres sollte es dazu nach der erfolgten Unterschriftensammlung mit notwendigem Quorum eine Volksabstimmung geben. Jetzt wurde aber der Kaufvertrag für den F-35 vorab unterzeichnet. Die GSoA hat daraufhin ihre Initiative zurückgezogen, mit den Worten: "Wir bieten nicht Hand für eine Pseudo-Volksabstimmung". Ist die Vorgehensweise des VBS (Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) ein Tabubruch zur Sabotage einer Volksabstimmung oder gibt es bereits ähnlich gelagerte Fälle aus der Vergangenheit?*

R.S.: Die Vorgehensweise des VBS stellt ganz klar einen Tabubruch dar. Es wurde alles getan, um eine Volksabstimmung über die Beschaffung des teuersten Rüstungsgeschäftes, das jemals in der Schweiz getätigt wurde, zu verunmöglichen.

Im März 2022 rief die Bundesrätin und Vorsteherin des VBS Viola Amherd während der Sammelphase öffentlich zum Rückzug der Initiative auf. Dabei wurde noch zwei Wochen vor dem Krieg in der Ukraine versprochen, dass vor dem Kauf unsere Initiative abgewartet wird.

Im August reichten wir schliesslich 103 000 gültige Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein und publizierten einen Zeitplan, wie die Abstimmung noch vor dem Auslaufen der Frist für

den Kaufvertrag im März 2023 stattfinden könnte. Kurz darauf teilte der Bundesrat mit, dass er keine Abstimmung vor März 2023 ermöglichen würde.

Das Parlament zog nach und gab grünes Licht für die Beschaffung der Jets. Auf Nachfrage bestätigte Amherd aber, dass die Verhandlungen mit den USA über eine

Fristerstreckung sicher möglich gewesen seien. Dass man eine zustande gekommene Initiative aushebelt, indem man deren Umsetzung durch das Schaffen vor Tatsachen verunmöglicht, hat es so noch nie gegeben.

*FJ: Welche parlamentarische Debatte hat es bisher im Schweizer Bundesrat über die Beschaffung des F-35 gegeben? Welche Rolle spielte dabei der vor einigen Monaten erschienene Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle, in dem vor den massiven finanziellen Risiken gewarnt wird?*

R.S.: Der Ständerat, die kleine Kammer des Schweizer Parlaments, beriet die Armeebotschaft im Sommer 2022. Er sprach sich dafür aus, dass die Kaufverträge bis spätestens am 31. März 2023 zu unterzeichnen seien. Nun lag es am Nationalrat, der grossen Kammer des Parlaments, das Festlegen einer Deadline in der Herbstsession im September abzulehnen.

In der Zwischenzeit erschien im Juli der Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), der die immer behaupteten Fixkosten für die Jets in Frage stellte. Der Bericht bestätigte, was wir stets kommuniziert haben und was auch Rüstungsexpert\*innen aus den USA sagten: Die Schweiz wird denselben Preis für den F-35 bezahlen müssen wie die USA. Die Höhe des Preises kennt jedoch aktuell noch niemand.

Weil der Bericht der EFK das Narrativ des VBS nicht stützte, musste sie sich

heftige Anschuldigungen vonseiten des Bundesamtes für Rüstung (armasuisse) gefallen lassen.

Kurz vor der Debatte im Nationalrat erschien zudem ein Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats zum Evaluationsverfahren der neuen Kampfflugzeuge. Dieser war ein weiterer Beleg dafür, dass das Beschaffungsverfahren sehr intransparent ablief und der Bundesrat sein Handeln intern nicht abgesprochen hatte.

Bei der Evaluation der Kampfjettypen setzte der Bundesrat sich selbst Regeln, welche die Beschaffung eines europäischen Jets verhinderten, obwohl politische Gegengeschäfte mit massiven Vorteilen für die Schweiz im Raum standen. Die Evaluationskriterien sahen aber vor, sich bei der Beschaffung auf technische Aspekte zu beschränken und aussenpolitische Faktoren auszulassen, obwohl solche Beschaffungen immer eine hochpolitische Angelegenheit sind. Weil zudem die Kommunikation innerhalb der Landesregierung katastrophal war, bekamen das aber nicht alle Mitglieder mit.

So wurde bis kurz vor Bekanntgabe des Typenentscheides mit mehreren Staaten über Gegengeschäfte verhandelt, obwohl seit Monaten klar war, dass die Entscheidung auf den F-35 hinaus lief. Trotz alledem erkannte auch der Nationalrat nicht, dass die Brisanz dieses Geschäfts eine Volksabstimmung mit einer breiten öffentlichen Debatte notwendig macht. Eine bürgerliche Mehrheit hiess den Bundesbeschluss für den F-35-Kauf mit 124 gegen 66 Stimmen gut.

*FJ: Welche zivilgesellschaftlichen Debatten konnten bisher zur geplanten F-35-Beschaffung bzw. dem gesamten Rüstungsprogramm Air2030 ausgelöst werden?*

R.S.: Am 27. September 2020 hat die Schweizer Bevölkerung den Rahmenkredit zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge im Rahmen des Rüstungsprogrammes Air2030 mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50.1 Prozent zugestimmt. Dieses knappe Resultat

zeigt den grossen Unmut in der Bevölkerung gegenüber den Milliarden-Ausgaben für neue Kampffjets. Das liegt auch an der zivilgesellschaftlichen Debatte, die die GSoA mitangestossen hat: Darüber, wie viel Kampffjets über ihre gesamte Lebensdauer wirklich kosten sowie darüber, wie diese Milliarden in sicherheitspolitisch relevante Bereiche wie dem Klimaschutz oder dem Gesundheitswesen investiert werden könnten.

Mit der Wahl des F-35, der klar als der am meisten kontroverse Typ hervortrat, hat der Bundesrat aber gezeigt, dass er nicht bereit ist, auf diesen Unmut einzugehen. Mit der Stop-F-35 Initiative ist es uns gelungen, eine öffentliche Sensibilität für die Probleme sowie die technischen und finanziellen Risiken dieses Kampffjets zu schaffen, die auch nach der Beschaffung wichtig sein werden.

Wir haben so viel Druck ausgeübt, dass zwei wichtige Gremien, die EFK und die GPK, zusätzliche Untersuchungen anstellten, die uns recht gaben. Ein wichtiger Aspekt der Debatte, der durch die Beschaffung der F-35 verhindert wurde, ist jene der Annäherung an die Nato.

Der F-35 ist spezifisch für Einsätze im militärischen Verbund der Nato konzipiert. Diese Interoperabilität ist ein zentrales Kaufargument. Eine Abstimmung über den F-35 Kauf hätte automatisch zu einer sicherheitspolitischen Grundsatzdebatte geführt, die der Bundesrat offenbar scheut.

*FJ: Andere Themen in der Schweiz sind die Waffenexporte und die Finanzierung von Kriegsmaterial. Gibt es hier aus Sicht der GSoA vorzeigbare Teilerfolge?*

R.S.: Letztes Jahr konnte die GSoA als tragende Kraft der «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» einen historischen Erfolg vorweisen. In der Schweiz waren Waffenexporte bloss in der Kriegsmaterialverordnung geregelt, die der Bundesrat in Eigenregie bewilligen konnte. Die Allianz forderte, dass Waffenexporte demokratisch auf Gesetzesstufe geregelt werden und Lieferungen in Bürgerkriegsländer und an Staaten, die Menschenrechte schwerwiegend oder systematisch verletzen, verboten werden soll-

ten. Das Parlament verabschiedete einen Gegenvorschlag, der den Anliegen der Initiative mehrheitlich nachkam.

Die Verankerung der Export-Regelung auf Gesetzesstufe erlaubt heute dem Parlament und der Bevölkerung die nötige demokratische Kontrolle über Kriegsmaterial-Lieferungen auszuüben. Geplante Lockerungen können zudem mit einem Referendum bekämpft werden. Allerdings scheint der Wille beim zuständigen Departement nicht da zu sein, die Kriterien für Waffenexporte strikt umzusetzen. So wurden zum Beispiel vor einem Monat 6000 Schuss 27mm Munition nach Katar für die Fussballweltmeisterschaft geliefert, obwohl bekannt ist, dass die Vorbereitungen für die WM bereits Tausende Menschenleben gefordert haben.

*FJ: Welche Interessen stehen hinter der Schweizer Aufrüstungspolitik? Kann die Schweiz heute noch als neutrales Land angesehen werden?*

R.S.: Die weltweite Aufrüstung freut natürlich die Rüstungskonzerne in der Schweiz. Zum Beispiel hat sich der Wert der Aktie des deutschen Rüstungsunternehmens Rheinmetall mit Sitz in Altdorf und Zürich seit Kriegsbeginn mehr als verdoppelt. Das Unternehmen rechnet mit einem Umsatzanstieg von bis zu 20%. Gleichzeitig nutzen die Rüstungslobby und die bürgerlichen Parteien nun den Schockmoment, der mit dem Krieg in der Ukraine eingetroffen ist, aus, um ihre Aufrüstungsgelüste zu verwirklichen.

Zur Frage der Neutralität: Die Schweiz versteckt sich hinter der Worthülse der Neutralität. Aufgrund des Neutralitätsrechts darf die Schweiz keine Waffen in die Ukraine liefern. Keine Waffenexporte zu tätigen oder militärisch zu intervenieren heisst aber noch nicht, neutral zu sein. Die Schweiz hat lange gezögert, die EU-Sanktionen zu übernehmen. Denn diese zu unterstützen heisst auch, Geschäfte mit Russland abzubrechen, die viel Gewinn einbrachten.

In unseren Augen agiert die Schweiz nicht neutral, wenn sie Putin nicht konsequent sanktioniert. Wenn das Völkerrecht gebrochen wird, heisst Neutralität nicht, sich aus der Verantwor-

tung zu ziehen. Als Depositarstaat der Genfer Konvention sollte sich die Schweiz für Menschen- und Völkerrechte einsetzen. Dafür hat die Schweiz viel mächtigere Mittel als Waffenexporte, um den Krieg an der Wurzel zu bekämpfen: Solange das Geld russischer Oligarchen auf Schweizer Bankkonten liegt und der Rohstoffhandel mit russischem Öl und Gas grösstenteils über die Schweiz läuft, haben wir nicht genug getan, um diesen Krieg zu stoppen. Die Schweiz ist in der direkten Verantwortung, den Geldhahn für die russische Kriegskasse zuzudrehen.

*FJ: In einem Newsletter der GSoA vom 3.6.2022 heisst es: "Wer sich gegen die massive Aufrüstung des Armeebudgets stellt, stört den bürgerlichen Burgfrieden, ist ein\*e Landesverräter\*in, gehört zur 5. Kolonne Putins." In Deutschland herrscht eine ähnliche Stimmung, die jedoch am Kippen ist angesichts massiver wirtschaftlicher und sozialer Verwerfungen. Wie entwickelt sich die Stimmung in der Schweiz?*

R.S.: Wie sich die Stimmung in der Schweiz entwickelt, ist schwierig zu sagen. Auf dem politischen Parkett ist man aber weit davon entfernt, den Kurs zur massiven Erhöhung des Armeebudgets abzuwenden. Das Parlament hat vor kurzem das Armeebudget bis 2030 von fünf auf neun Milliarden Franken erhöht. Absurd an der heutigen Diskussion ist, dass genau jene, die heute nach Aufrüstung schreien, es mit ihrer Steuerpolitik ermöglichen haben, Ölkonzerne wie Gazprom in die Schweiz zu locken. So wurde unsere Abhängigkeit von russischem Öl und Gas vorangetrieben.

Zynisch ist zudem, dass zurzeit Angst vor einem Angriffskrieg auf die Schweiz geschürt wird, obwohl alle genau wissen, dass diese Szenarien nicht realistisch sind. Um einen Angriffskrieg gegen die Schweiz zu führen, müsste Russland vorher in mehrere Nato Staaten einmarschieren. Das Szenario wird also nur missbraucht, um die eigene Politik zu legitimieren. Angesichts dieser Entwicklungen, sind kritische Stimmen, die sich gegen den sinnlosen Aufrüstungswahn starkmachen, dringend gefragt.

*Interviewfragen: Karl-Heinz Peil*

## Militarisierung: Zeitenwende in den Köpfen

von German Foreign Policy



Straßenbahn mit Bundeswehr-Tarnfarbe,  
Quelle: mannheim24.de

Die Bundeswehr soll ein neues „Soldatenbild“ propagieren und das „Kämpfen, Töten und Sterben“ sowie das „Durchstehen außerordentlicher Entbehrungen“ in den Mittelpunkt stellen. Dies fordern die Autoren eines neuen Strategiepapiers, das die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der wichtigste militärpolitische Think-Tank der Bundesregierung, veröffentlicht hat.

Wie es in dem Papier heißt, seien deutsche Soldaten, sollte es zu einem Krieg gegen eine Großmacht („Bündnisverteidigung“) kommen, mit einer völlig neuen Lage konfrontiert: Hätten sie in den bisherigen Einsätzen in „gut gesicherten Feldlagern“ noch „eine relative Sicherheit“ genossen, so sei nun die Bereitschaft zum „Durchstehen außerordentlicher Entbehrungen“ und „zum Kampf“ gefragt.

Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Untersuchung, dass der Einsatz vor allem von Außenministerin Annalena Baerbock für stärkere „Wehrhaftigkeit“ in der Bevölkerung noch kaum gefruchtet hat. So ist der Anteil derjenigen, die mehr „Zurückhaltung“ in internationalen Krisen fordern, von 50 auf 52 Prozent gestiegen. Eine militärische Führungsposition Deutschlands in Europa weisen zwei Drittel der Bevölkerung zurück.

### Das Denken verändern

Ausgangspunkt des aktuellen Strategiepapiers der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) sind Forderungen

gen der Bundesregierung, die beschleunigte Militarisierung der Bundesrepublik („Zeitenwende“) und die stark fokussierte Ausrichtung der Bundeswehr auf die sogenannte Landes- und Bündnisverteidigung – in der Praxis also auf einen Krieg gegen eine Groß-

bzw. Nuklearmacht, etwa gegen Russland – um einen Mentalitätswandel zu ergänzen. Hinsichtlich der Gesamtbevölkerung dringt vor allem Außenministerin Annalena Baerbock auf eine neue „Wehrhaftigkeit“; diese beinhaltet nicht nur die Fähigkeit, sondern auch „den Willen, sich zu verteidigen“, erklärte Baerbock im März: „Viele Menschen in Deutschland“ hätten den Begriff „Wehrhaftigkeit“ „lange ... nicht einfach so in den Mund genommen“; das müsse sich ändern.[1]

Einen Mentalitätswandel in der Bundeswehr wiederum hat Bundeskanzler Olaf Scholz im September gefordert. Man lege mit der dramatischen Aufstockung der Militärausgaben zur Zeit „das Fundament ... für eine neue Bundeswehr“, sagte Scholz. „Aber wir wissen auch, dass noch etwas Entscheidendes hinzukommen muss: Ein verändertes Denken – und zwar auf allen Ebenen in der Bundeswehr, gepaart mit Zutrauen und Risikobereitschaft.“[2]

### „Gut gesicherte Lager“

In dem BAKS-Arbeitspapier heißt es nun zustimmend, das bisherige offizielle „Rollenbild“ der Bundeswehr genüge künftig nicht mehr. Der damalige Generalinspekteur Volker Wieker habe es im Jahr 2012 so skizziert: „Soldaten der Bundeswehr schützen, kämpfen, vermitteln und helfen“.[3] Entsprochen habe dies der Lage in den bisherigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, in denen „die Mehrzahl der heutigen Soldatinnen und Soldaten ... sozialisiert“ worden sei – „in Afghanistan, in Mali, auf dem Balkan oder am Horn von Afrika“.

Basierend auf den dort vorherrschenden Einsatzerfahrungen sei „in den letzten Jahren das Bild eines ‘Unternehmens Bundeswehr’ hervorgetreten“, das trotz gelegentlicher Härten eher geregelte Arbeitsbedingungen biete – darunter „regelmäßige Mahlzeiten, Betreuungseinrichtungen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme in die Heimat, während nur bis zu einem Viertel der eingesetzten Bundeswehrkräfte die schützenden Lagermauern regelmäßig verließen“. „Die gut gesicherten Feldlager“ hätten stets „eine relative Sicherheit und eine Vielzahl von Annehmlichkeiten“ geboten, während „die eigene Einsatzteilnahme ... für die meisten Soldatinnen und Soldaten mit einer Einsatzdauer von zumeist vier bis sechs Monaten“ auch „zeitlich präzise planbar“ gewesen sei, heißt es bei der BAKS.

### „Unter spartanischen Bedingungen im Feld“

Demgegenüber halten die Autoren des BAKS-Arbeitspapiers fest, „das sich in der Ukraine offenbarende Kriegsbild“ zeige „eine Realität“, an die selbst „die Gefechterfahrungen der Bundeswehr in Afghanistan ... nicht annähernd heranreichen“.[4] Würden deutsche Soldaten in einen Einsatz zur Landes- bzw. Bündnisverteidigung geschickt, dann „müssten nahezu alle“ von ihnen „damit rechnen, auf unabsehbare Zeit unter spartanischen Bedingungen im Feld zu leben“. „Auch hinter den Frontlinien wären sie einer ständigen Bedrohung und Kriegsschrecken ausgesetzt.“

Wünsche man tatsächlich, dass „die Soldatinnen und Soldaten aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche der Bundeswehr geistig für die Verteidigung gegen einen Gegner auf militärischer Augenhöhe gerüstet“ seien, dann sei „ein Wandel im Mindset ... unabdingbar“, heißt es in dem BAKS-Papier; „ausnahmslos alle Soldatinnen und Soldaten“ müssten „in letzter Konsequenz stets zum Kampf sowie zum Durchstehen außerordentlicher Entbehrungen befähigt und willens sein“. „Die psychische Bereitschaft zum Kampf und

der Wille zum tapferen Dienst“ seien „Mentalparameter“, die „maßgeblich zur Einsatztauglichkeit einer Armee beitragen“.

## „Kämpfen, töten und sterben“

Weiter heißt es bei der BAKS, das „potenzielle[...] Kämpfen, Töten und Sterben der eigenen Mitmenschen in Uniform“ seien „zentrale[...] Aspekte des Soldat-Seins“; eine angemessene „Befassung“ mit ihnen sei bislang ausgeblieben. Künftig müssten sie nun „in aller Ehrlichkeit in die gesellschaftliche Wahrnehmung sowie in die Mitte des soldatischen Selbstverständnisses gehoben werden“.[5] Ein entsprechendes „Soldatenbild“ biete außerdem die Chance, „den afghanischen Wüstenstaub einer vielfach als gescheitert empfundenen Mission abzuschütteln“.

Die Autoren warnen zwar, „gerade in der aktuellen Lage“ könnten es sich „die deutschen Streitkräfte nicht leisten, wie in den vergangenen Jahren mit Skandalen um verfassungsfeindli-

che Gesinnungen und entwürdigende Entgleisungen die Schlagzeilen zu füllen und damit obendrein noch Desinformationskampagnen des Gegners Futter zu liefern“.[6] Deshalb müsse „das Bild von Soldatinnen und Soldaten als wehrhafte Verteidiger des Grundgesetzes, der Freiheit und Demokratie“ propagiert werden. Allerdings zählt ein „Soldatenbild“, das „Töten und Sterben“, „Kampf“ und das „Durchstehen außerordentlicher Entbehrungen“ stark betont, zu den traditionellen Leitbildern der extremen Rechten.

## Diplomatie statt Militär

Während das BAKS-Arbeitspapier der Scholz'schen Forderung nach einem „veränderte[n] Denken“ in der Bundeswehr Rechnung trägt, kann das Baerbock'sche Drängen auf eine neue „Wehrhaftigkeit“ der Bevölkerung zwar vorsichtige Fortschritte verzeichnen, muss jedoch auch Rückschläge hinnehmen.

So sprechen sich laut einer aktuellen Umfrage, die die Hamburger Körber-Stiftung publiziert hat, mittlerweile

zwar 60 Prozent der Bevölkerung für eine dauerhafte Aufstockung des deutschen Militärhaushalts aus.[7] Zugleich ist aber der Anteil derjenigen, die fordern, Deutschland solle sich stärker in internationale Krisen einmischen, von 45 Prozent (2021) auf 41 Prozent (2022) gesunken.

Der Anteil derjenigen, die von Berlin hingegen größere Zurückhaltung verlangen, ist von 50 Prozent auf 52 Prozent gestiegen. Von denjenigen, die für eine stärkere Einmischung in Krisen plädieren, wünschen 14 Prozent mehr militärische, 13 Prozent mehr finanzielle, 65 Prozent mehr diplomatische Aktivitäten.

Eine militärische Führungsrolle Deutschlands in Europa favorisieren 29 Prozent, während 68 Prozent sie klar ablehnen. Freilich hat Berlin mittlerweile Schritte eingeleitet, deren Ziel es ist, die Zustimmung zu einer beschleunigten Militarisierung („Zeitenwende“) stärker in der Bevölkerung zu verankern.[8]

*Fußnoten in der Online-Fassung*

## Der sanfte Weg in den Abgrund – oder: Wir Schlafwandler

Der neue Militarismus und die aktuelle Formierung einer neuen ‚Volksgemeinschaft‘ kommen nicht dröhnend-brutal, sondern smart daher. Und die heutigen Machthaber sind durch die Bank harmlos aussehende Zeitgenossen. – Genau das macht sie so gefährlich.

In der Retrospektive kommen wir uns alle so schlau vor. Fassungslos schütteln wir den Kopf, wenn wir sehen, mit welcher Euphorie die jungen Männer aller europäischen Staaten, flankiert von einer kriegstrunkenen Bevölkerung, vor über hundert Jahren in ein Gemetzel zogen, das sich wenig später als die „Urkatastrophe des XX. Jahrhunderts“ erweisen sollte. Es erscheint uns absurd, dass jemand wie Franz Kafka am 2. August 1914 in sein Tagebuch notierte: „Deutschland hat Rußland den Krieg erklärt – Nachmittag Schwimmschule.“ ...

Heute ist es eine junge smart aussehende Außenministerin einer einstmals pazifistischen Partei, die einen

Tag nach dem russischen Überfall auf die Ukraine stolz verkündete, die westlichen Sanktionen würden „Russland ruinieren“ – wohlgemerkt: das Land, nicht etwa die Machthaber! – und die bereits ein Vierteljahr nach Kriegsbeginn die deutsche (!) Bevölkerung vor sogenannter „Kriegsmüdigkeit“ (sie sprach vornehm von „Fatigue“) warnte. Es sind nicht zuletzt Frauen, wie die stramme Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages oder eine Sicherheitsberaterin mit dem – nomen est omen – bezeichnenden Namen Major, die sich, was Waffenlieferungen an die Ukraine angeht, besonders weit aus dem Fenster legen. Und es ist eine sanfte ehemalige Theologiestudentin, die nun eine Vermögensabgabe zur Finanzierung des Ukrainekrieges fordert. ...

Schnarrender Befehlston, Knobelbecher und Preußens Gloria sind auch bei der Bundeswehr längst out. Mit den Nazis will, außer ein paar Ewiggestrigen in einigen Spezialkommandos, so gut wie niemand mehr etwas zu tun haben. Heutzutage werden

Rekruten – es dürfen gern auch Rekrutinnen sein – nicht mehr zusammengeschnitten, sondern in Motivations- und Team Building-Trainings geschickt. Und vor dem Auszug in den nun „Einsatz“ genannten Krieg von der Verteidigungsministerin, ihrerseits ein scheinbarer Ausbund an Naivität, nochmal liebevoll an die Brust gedrückt. ...

Der Satz, der nach dem russischen Angriff auf die Ukraine vom 24. Februar gebetsmühlenartig in Politik und Medien wiederholt – spricht: der Bevölkerung eingetrichtert – wurde, lautete, der Westen dürfe sich jetzt nicht spalten lassen. Vielmehr gelte es, der Putin'schen Aggression mit Geschlossenheit zu begegnen. Unnötig zu betonen, dass dies nicht nur für das Verhältnis zwischen den NATO- und EU-Staaten, sondern natürlich auch innerstaatlich zu gelten hatte. Der Aufforderung zur äußeren Geschlossenheit entspricht immer die zur inneren.

Quelle: <https://globalbridge.ch>  
– Leo Ensel (1.11.2022)

# Wer profitiert von der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik?

von Christian Kreiß, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aalen

## Wirtschaftliche Lage und Prognosen

In den letzten Wochen kommen fast täglich neue Hiobsbotschaften zur Wirtschaftslage in Deutschland. Dr. Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), sagte bereits am 20. Juli:

*„Wir werden einfach alle ärmer. Für Deutschland male ich Ihnen ein Bild: Ich würde mich nicht wundern, wenn wir am Ende 20 bis 30 Prozent ärmer sind.“[1]*

Das Handelsblatt titelte am 29.8.: „Deutschland steckt in einer Energiepreisfalle – „In Schlüsselindustrien werden Betriebe reihenweise schließen“. Die Preise für Strom und Gas sind um ein Vielfaches teurer als in den USA und Asien – und der große Kostenschub kommt erst noch. Die deutschen Konzerne fürchten eine Deindustrialisierung.“[2] Demnach zahlt die deutsche Industrie „für Erdgas aktuell einen Marktpreis, der um den Faktor acht höher liegt als der Marktpreis in den USA“, zitiert das Blatt einen Experten. Das klingt nicht gut für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit. Führende Wirtschaftskräfte warnten daher vor einer Deindustrialisierung Deutschlands.

Besonders bitter ist die Situation für kleine und mittlere Unternehmen, den klassischen Mittelstand und das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. So arbeiteten 2019 in den DAX-Konzernen lediglich etwa 3,5 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland.[3] Mittelständische Unternehmen bis 500 Mitarbeiter beschäftigten dagegen etwa 58 Prozent aller Werktätigen.[4]

Am 29.8. lautete die Überschrift eines Artikels in einem Wirtschaftsmagazin: „Insider: „Tausenden Mittelständlern droht das Aus. Die extremen Preisanstiege für Strom und Rohstoffe bringen zahlreiche mittelständische Betriebe in eine akute Notlage, warnt ein Insider. Die Sorge vor Produktionsstopps ist groß, die Lage sei „katastrophal“.“[5] Eine aktuelle Umfrage des

Deutschen Mittelstandsbundes ergab bei der Frage nach dem Geschäftsausblick für die kommenden sechs Monate, dass 36 Prozent der befragten Mittelständler die Lage mit „schlecht“, 10 Prozent mit „existenzbedrohend“ bezeichneten.[6] Das verheißt nichts Gutes.

## Gewinner

Des einen Leid, des andern Freud: Nicht alle Unternehmen können über die aktuellen Entwicklungen klagen. So erhöhten sich beispielsweise bei dem US-amerikanischen Energiekonzern ExxonMobil im ersten Halbjahr 2022 die Umsätze um 61 Prozent auf etwa 200 Milliarden Dollar, die Gewinne nach Steuern verdreifachten sich auf 23,3 Milliarden Dollar.[7]

Zum Vergleich: Das deutsche Regierungspaket zur Abmilderung der gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise (Tankrabbat, 9-Euro-Ticket usw.) belief sich auf gut 10 Milliarden Euro. Gazprom erwirtschaftete im ersten Halbjahr 2022 mit 2,5 Billionen Rubel Gewinn, umgerechnet etwa 41,6 Milliarden Euro, bereits mehr als im gesamten Vorjahr, obwohl auch 2021 kein schlechtes Jahr war.[8] Die deutschen und europäischen Wirtschaftssanktionen scheinen Russland und Amerika nicht gerade zu schaden, im Gegensatz zum deutschen Mittelstand.

## Was steckt dahinter?

Hinter diesen Entwicklungen stecken meiner Einschätzung nach vor allem zwei Haupttreiber. Erstens: Die Großen fressen die Kleinen. Die Macht der Großkonzerne und ihrer dahinterstehenden Milliardäre soll erhöht werden. Das betreiben die bestens vernetzten Lobbyisten der Großkonzerne. Zweitens: Die deutsche Wirtschaft, die viertstärkste der Welt[9], ein sehr unliebiges Konkurrent der USA, soll geschwächt werden. Dazu muss man besonders den deutschen Mittelstand treffen, der fast die Hälfte der etwa 2.700 weltweiten „hidden champions“ stellt.[10]

## Die Großen fressen die Kleinen

Schon Charles Schwab sagte in seinem im Juni 2020 erschienenen Buch voraus, dass ein Großteil der kleinen und mittelständischen Betriebe zugrunde gehen würden, die großen Konzernketten jedoch nicht.[11] Die Corona-Lockdowns bewirkten genau das von Schwab Prophezeite: Die Konzerngewinne und die Vermögen der dahinterstehenden Milliardäre stiegen dramatisch, während viele kleine und mittlere Unternehmen geschwächt wurden. Jeder Tag Lockdown war ein Milliardengeschenk an die Großkonzerne. Stichwort Amazon: Der lokale Einzelhandel wurde zur Ader gelassen, Amazons Gewinne gingen deshalb durch die Decke.[12]

Diese Entwicklung – Stärkung der Großen, Schwächung der Kleinen – wird nun durch die Zinserhöhungspolitik der US-Notenbank seit Mai 2022[13] und durch die Sanktionspolitik der Industrieländer gegenüber Russland verstärkt, vor allem in Europa. Die Liquiditätsreserven der Großkonzerne wurden während der Lockdowns dramatisch erhöht.[14] Nach dem Motto „Cash is king“ in Krisen sind die big player für einen kommenden Wirtschaftsabschwung bestens gerüstet. Nicht so der Mittelstand. Vielen davon dürfte in den kommenden Monaten die Luft, sprich Cash ausgehen. Darüber sind nicht alle traurig.

## Schwächung der US-Konkurrenz in Europa

Die USA haben seit einigen Jahren ein großes Problem mit Überkapazitäten. Produktionskapazitäten und Massenproduktion sind in den letzten vier Jahrzehnten ungleich schneller gestiegen als die Masseneinkommen. Grund dafür war die ständig steigende Ungleichverteilung.[15] Um dennoch die ganze Produktion absetzen zu können, wurde die Massennachfrage über immer höhere Schulden aufrechterhalten. Die Gesamtschulden der USA, private und öffentliche zusammen, belaufen sich derzeit auf 359 Prozent der Wirtschaftskraft (BIP).[16] Anders aus-

gedrückt: Auf jeden Dollar Sozialprodukt kommen in den USA etwa 3,6 Dollar Schulden. Diese Schulden können unmöglich jemals in voller Höhe zurückgezahlt werden.

Dieses doppelte Problem von Überkapazitäten und Schulden haben nicht nur die USA. Die weltweiten Schulden sind derzeit so hoch wie noch nie. Ende März 2022 lagen sie bei schwer vorstellbaren 305 Billionen US-Dollar, also 305.000 Milliarden Dollar. Das entspricht etwa 348 Prozent der Weltwirtschaftskraft.[17]

Der Schuldenexzess der letzten 14 Jahre seit der Finanzkrise 2008 war nur möglich, weil die Notenbanken in den Industrieländern die Zinsen so niedrig drückten wie noch nie in der Geschichte und so viel frisches Geld druckten wie noch nie. In den USA hat sich die Notenbankgeldmenge seit 2008 etwa verelfacht, im Euroraum verneunfacht.[18] Nur durch dieses Geld-Drucken der Notenbanken und die extrem niedrigen Zinsen konnten die Schuldner, sowohl private wie die Regierungen, die Zinslast dieses Schuldenbergs bislang stemmen.

Die Zeiten billigen Geldes sind jedoch seit Mai 2022, als die US-Notenbank begann, die Zinsen drastisch anzuheben, vorbei. Die Zinserhöhungen dürften dazu führen, dass vielen hoch verschuldeten kleinen und mittleren Unternehmen – Stichwort Zombie-Unternehmen – und einigen Staaten die Luft ausgeht.[19]

Dazu kommen die Energie- und Rohstoffpreissteigerungen als Zusatzlast, die vor allem europäischen Unternehmen und insbesondere von russischem Gas besonders abhängigen deutschen Unternehmen schaden werden. Diesen zweifachen Schlag dürften nicht alle deutschen Mittelständler überleben. Darüber sind nicht alle traurig. So stellt sich die Frage:

Warum schicken die deutschen Politiker sehenden Auges die Wirtschaft in den Ruin?

Darüber gab Oskar Lafontaine vor Kurzem eine aufschlussreiche Antwort:

*„Deutschland ist kein souveränes Land. [...] Deutschland handelt im Ukraine-Krieg als Vasall der USA. [...] Die führenden Politiker der Ampel, Scholz, Baer-*

*bock, Habeck und Lindner sind treue US-Vasallen“. Die Grünen hätten sich „zur schlimmsten Kriegspartei im deutschen Bundestag gewandelt“. Die Aussagen von „Annalena Baerbock, wir sollten „Russland ruinieren‘ muss man schon faschistoid nennen. [...] Die deutsche Außenpolitik schadet den Interessen unseres Landes und ist kein Beitrag zum Frieden in Europa.“[20]*

Genau dies hat einen Tag nach der Veröffentlichung der Ausführungen von Oskar Lafontaine unsere Außenministerin bestätigt mit ihrer mittlerweile berühmt-berüchtigten Aussage: *„Egal, was meine deutschen Wähler denken“, die die deutsche Wirtschaft und Menschen schädigenden Sanktionen werden bleiben, auch wenn es im Winter Unruhen geben sollte. Frau Baerbock rechnet selbst damit, die Menschen würden in Deutschland „auf die Straße gehen und sagen, dass sie ihre Energiepreise nicht bezahlen können.“[21]* Trotzdem will sie Sanktionen um jeden Preis aufrechterhalten. Da könnte man die Frage stellen: Wenn sie nicht Politik für die deutschen Bürgerinnen und Bürger macht, für wen dann?

Diese Art Vasallenpolitik im Dienste der USA schädigt aber nicht nur sehenden Auges die deutsche Wirtschaft und besonders die unteren Einkommenschichten in unserem Lande, die schon heute Probleme haben, über die Runden zu kommen, sondern sie gefährdet ganz akut den Frieden. Denn die USA tun meiner Einschätzung nach alles, um einen Friedensschluss zu verhindern. Ja, mehr: Aus US-Sicht wäre eine Eskalation des Ukraine-Krieges zu einem NATO-Krieg eine Lösung ihrer Überkapazitäts- und Schuldenprobleme. Wenn sich der Krieg nach Westen ausbreitet, ergibt sich für die USA die Chance, dass große Produktionskapazitäten in Mitteleuropa zerstört werden – auf fremdem Boden und daher zu Gunsten der US-Industriebasis.

Die USA haben meiner Meinung nach größtes Interesse, diesen Krieg zu eskalieren. Am 24. Februar 2022 dürften in manchen Hinterzimmern in den USA die Sektkorken geknallt haben: Endlich Krieg![22] Allein der Jubelsprung der Rüstungsaktien ab 24.2. spricht Bände.[23]

Dazu kommt: Unter Hegemonialgesichtspunkten wären für die USA eine echte, tiefe Völkerverständigung und Kooperation zwischen Russland und Deutschland geradezu ein Albtraum. Das riesige russische Land in einer Allianz mit Mitteleuropa, das technische, geistige, ökonomische know-how, die Effizienz Mitteleuropas kombiniert mit der gewaltigen Landmasse Russlands und dessen vielen Menschen: Eine solche Allianz wäre eine gewaltige machtpolitische Bedrohung für die Hegemonialinteressen der USA.

Daher ist meines Wissens seit über 100 Jahren ein zentraler Eckpunkt angelsächsischer Außenpolitik, zwischen Russland und Deutschland einen Keil zu treiben, Misstrauen und Feindschaft zu erzeugen. Durch den Ukraine-Konflikt bietet sich den USA eine neue hervorragende Chance dazu, die beiden Länder, die beiden Völker zu entzweien. Und genau das geschieht geflissentlich durch unsere Politiker, deren Entscheidungen, wie Frau Baerbock selbst erfrischend offen sagt, gerade nicht im Dienste der deutschen Wähler steht.

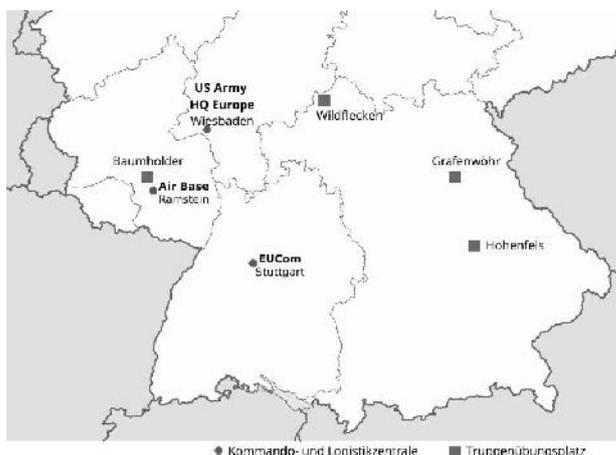
Das eigentlich Verblüffende an allen diesen Entwicklungen ist, warum trotz der katastrophalen, das Land zutiefst schädigenden deutschen Politik kein Aufschrei erfolgt und warum keine personellen Konsequenzen gezogen werden.

### Was tun?

Die Lösung wäre denkbar einfach, nämlich genau das, was Oskar Lafontaine vorschlägt: *„Drängen auf einen Waffenstillstand, die Vorlage eines Friedensplanes und die Inbetriebnahme von Nord Stream 2.“[24]* Ich würde ergänzen: Und personelle Konsequenzen ziehen. Mit etwas gesundem Menschenverstand betrachtet, kann man sich eigentlich nur noch dem Twitter-Hashtag #Baerbock-Ruecktritt anschließen. Aber nicht nur Frau Baerbock: Die beste Lösung wäre die Auflösung der Ampel und Neuwahlen.

*Der Beitrag erschien zuerst am 6.9.2022 auf <https://nachdenkenseiten.de> Fußnoten in der Online-Fassung*

## Deutschland als Drehscheibe für den Ukraine-Krieg



Grafik: FriedensJournal

### Air Base Ramstein: Kriegsrat der Ukraine-Kontaktgruppe

Auf der US Air Base Ramstein trifft sich seit Ende April regelmäßig die Ramstein-Kontaktgruppe, wo Lieferungen von Waffen und Munition sowie finanzielle Hilfen vereinbart werden. Darüber hinaus wird über die Ausbildung von ukrainischen Soldaten gesprochen, die auch auf deutschem Boden erfolgt.

Das Besondere daran: Der US-Verteidigungsminister lädt zu einem Bündnistreffen für 40 Nationen auf deutschem Boden ein. Die Air Base Ramstein ist jedoch wie alle US-Militärstützpunkte außerhalb der USA kein exterritoriales Gebiet - ein bemerkenswerter Vorgang.

Dass dieses in Ramstein stattfindet, zeigt auf, welche Rolle dieser Stützpunkt als logistische Drehscheibe bisher bereits gespielt hat und dass dieses durch den Ukraine-Krieg noch wesentlich verstärkt wird. In der Nähe von Ramstein befindet sich auch das Miesau Army Depot, das größte Munitionslager der USA außerhalb ihres eigenen Territoriums.

Ramstein ist vor allem Umschlagplatz von C-17-Frachtmaschinen, die von der Dover Air Force Base im US-Bundesstaat Delaware kommen. In Ramstein wird Fracht oft in kleinere C-130-Maschinen umgeladen und damit zu näher an der Front liegenden Flugplätzen gebracht. Auf diese Weise könnten die größeren Flugzeuge schnell in die USA zurückkehren und

mit zusätzlichem Militärgerät aufgefüllt werden, so ein Beamter des Air Mobility Command gegenüber dem Air Force Magazine.

### EUCom Kontrollzentrum Ukraine (ECCU)

Bereits wenige Tage nach der russischen Invasion in der Ukraine am 24.2.2022 wurde im US-EUCOM eine rund um die Uhr besetzte Einsatzzentrale ECCU (Eucom Control Center Ukraine) mit einem Stab von 40-60 Personen installiert.

Laut dem US-Verteidigungsministerium wird von dort aus unter Beteiligung von 15 Staaten die rasche Bereitstellung von militärischer Unterstützung aller Art an die Frontlinien in der Ukraine koordiniert.

Das beinhaltet insbesondere den Transport von Waffen und den Einsatz der gesamten US-Militärhilfe. Zum Stab des ECCU gehören auch ukrainische Militärs.

Beim U.S. Special Operations Command Europe (SOCEUR) mit Sitz in **Stuttgart-Vaihingen** - ist eine Strategie entwickelt worden, die von der Ukraine offenbar bis heute angewandt wird: das Resistance Operating Concept (ROC). Dieses orientiert sich auf den Untergrundkampf gegen Besatzungstruppen, mit historischen Vorbildern wie die die *Stay Behind*-Konzepte der NATO. Es integriert die Zivilbevölkerung in den Kampf und sieht auch Operationen von Spezialkräften vor.

### Wiesbaden-Erbenheim: Zentrale für den Ukraine-Krieg

Die USA bündeln ihre Aktivitäten zur Aufrüstung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte in einem neuen Kommando am Standort Wiesbaden-Erbenheim, dem Hauptquartier des US-Heeres für Europa und Afrika. In

ihm sollen alle bereits bestehenden Strukturen zusammengeführt werden, die mit unmittelbarer militärischer Unterstützung der Ukraine befasst sind. Auch multinationale Strukturen sollen angekoppelt werden. Damit hielten die US-Streitkräfte auch rein formal alle Fäden in der Hand.

Schon im August wurde das Logistikzentrum des »International Donor Coordination Center« von Stuttgart nach Wiesbaden verlegt. Die von 40 verbündeten Nationen an die Ukraine gespendeten Waffen - wie Flugabwehrraketen, Artillerie, Haubitzen oder Drohnen - werden ab jetzt von Hessen aus verteilt.

Nach Aussage einer Pentagon-Sprecherin richten die USA zur weiteren Koordinierung der langfristigen Unterstützung für Kiew in Wiesbaden eine "Security Assistance Group Ukraine" ein. Diese werde dem europäischen US-Kommando in Stuttgart unterstellt.



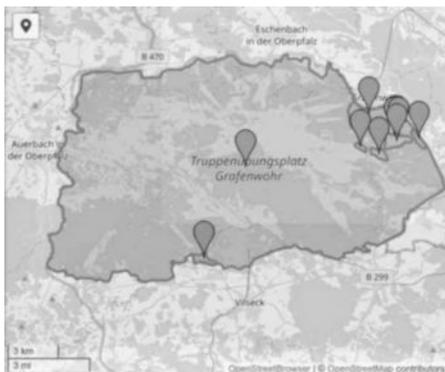
Foto: Luftaufnahme des Wiesbaden Army Airfield. Im oberen Teil des Bildes sieht man den Rhein und die Stadt Mainz, Quelle: Wikipedia

Nach Informationen der US-Nachrichtenagentur AP sollen etwa 300 US-Soldaten in der neuen Militärzentrale eingesetzt werden. Leiten soll das Kommando ein Drei-Sterne-General.

### Ausbildungsplätze für Ukraine-Soldaten

In Zukunft wird auch die Ausbildung von ukrainischen Soldaten in **Wiesbaden-Erbenheim** koordiniert. Das neue Zentrum orientiert sich am Modell der US-Ausbildungseinsätze im Irak und in

Afghanistan. Bis jetzt wurden rund 2000 Soldat\*innen am Standort Wiesbaden ausgebildet, teilweise von US-Truppen, die im Februar aus der Westukraine abberufen worden waren. Das Training selbst wird auch an anderen Standorten durchgeführt, etwa auf dem Truppenübungsplatz **Baumholder** (bei Idar-Oberstein und Birkenfeld)) an der Panzerhaubitze 2000 oder im bayerischen **Grafenwöhr** an westlichen Artilleriesystemen.



Grafik: Truppenübungsplatz Grafenwöhr  
Quelle: OpenStreetBrowser mit Ebene militärischer Liegenschaften

Der ebenfalls die der Oberpfalz gelegene Truppenübungsplatz **Hohenfels** war zuletzt in den Schlagzeilen durch ein internationales Großmanöver, das Ende Januar 2022 mit 6.000

### Baumholder

Der Stützpunkt der U.S. Army in Baumholder soll ausgebaut werden; das US-Budget allein für das Jahr 2023 sieht dafür gut 200 Millionen US-Dollar vor. Geplant ist nicht nur der Bau eines neuen Wohnkomplexes für zusätzlich stationierte US-Soldaten, sondern Berichten zufolge auch eine Trainingsanlage für Spezialkräfte; demnach könnte künftig eine Einheit der Navy Seals in Baumholder stationiert werden. Die US-Truppen in Baumholder trainieren gewöhnlich auf dem örtlichen Truppenübungsplatz, der von der Bundeswehr verwaltet wird. Erst kürzlich wurde bekannt, dass auf dem Gelände voraussichtlich auch ukrainische Soldaten üben werden; es geht um die Einweisung in den Gebrauch der Panzerhaubitze 2000.

Soldaten, mit Beteiligung aus Großbritannien, Italien, Polen, Lettland und der Niederlande hier stattfand.

Auf dem Bundeswehr-Übungsplatz **Wildflecken** in der Rhön, der auch vom US-Militär genutzt wird, werden ukrainische Soldaten an gepanzerten Fahrzeugen des Typs Dingo ausgebildet, die an die Ukraine ausgeliefert werden sollen.

### US-Hyperschallraketen „Dark Eagle“ in Deutschland

Die USA lassen Hyperschallraketen für Armee, Luftwaffe und Marine entwickeln. Das Programm hat „höchste Priorität“ für das Pentagon. Für Deutschland und Europa steht ein Déjà-vu ins Haus. Die Eckdaten der Hyperschallrakete „Dark Eagle“ von Lockheed-Martin, dem einstigen Hersteller der Pershing 2, sind klar: Reichweite mehr als 2.775 km, auf LKW landbeweglich und in Flugzeugen transportierbar, Stationierung ab 2023. Sie sollen nicht-nuklear bewaffnet werden.

Hyperschallraketen sind mindestens fünfmal schneller als der Schall. „Dark Eagle“ hat die 12fache Schallgeschwindigkeit. Dass sie in Europa stationiert

### NATO-Operationen im Osten

Auf der Air Base Ramstein ist neben dem Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa und Afrika auch das NATO Allied Air Command angesiedelt, das NATO-Hauptquartier, das die Bündnisoperationen im Luft- und im Weltraum sowie die gemeinsame Raketenabwehr führt. Zu seinen Aufgaben gehört es zum Beispiel, die Luftraumüberwachung zu steuern, die die NATO seit 2004 im Baltikum durchführt; sie hat sie seit 2014 aufgestockt und auf den Südosten des Bündnisgebiets ausgeweitet.

Aktuell führt eine eigens im Allied Air Command eingerichtete Joint Force Air Component (JFAC) die Luftoperationen der NATO nahe den Grenzen zu Russland, zu Belarus und zur Ukraine. Zu-



Foto: Dark Eagle (2021), Quelle: Wikipedia

werden sollen, ist klar, wo sie in Europa stationiert werden sollen, ist nicht bekannt. Von wo sie kommandiert werden sollen, jedoch schon. Von **Wiesbaden-Erbenheim** aus, beim Europa-Hauptquartier der US-Armee. Dort ist seit November 2021 eine 500 Mann starke „Multi-Domain-Taskforce“ (MDTF) eingezogen, dessen 56. Artilleriekommando exakt jenes ist, welches bis 1991 für die Pershing 2 zuständig war.

Die dem Kommando untergeordnete 41. Feldartilleriebrigade im bayerischen **Grafenwöhr** stellt damals wie heute die Raketenkanoniere. Deshalb liegt es nahe, dass die „Dark Eagle“ in Grafenwöhr stationiert werden. Moskau liegt 2.000 km von Grafenwöhr entfernt.

sätzlich zur längst üblichen, jetzt aber erneut aufgestockten Luftraumüberwachung patrouillieren dort nun auch weitere Kampffjets aus NATO-Staaten, die teilweise von ihren Heimatstandorten aus operieren und daher auf Luftbetankung durch Tankflugzeuge angewiesen sind.

Nach Angaben aus Ramstein sind zu jedem Zeitpunkt rund 30 NATO-Flugzeuge zwischen Estland und Bulgarien im Einsatz, darunter Eurofighter der deutschen Luftwaffe. Auch Abwehrsysteme wie etwa die Patriot-Luftabwehrbatterien, die die Bundeswehr unlängst in die Slowakei verlegt hat, werden von Ramstein aus kontrolliert.

Textzusammenstellung:  
Redaktion Friedensjournal  
Quellenverweise: siehe Online-Fassung

**Jürgen Wagner:  
Im Rüstungswahn -  
Deutschlands Zeitenwende zu  
Aufrüstung und Militarisierung**

PapyRossa-Verlag, 212 Seiten, 16,90 €



Natürlich beginnt die Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, die nach gängiger Leseart von Olaf Scholz am 27.2.2022 mit dem „Sondervermögen“ für die Bundeswehr eingeleitet wurde, bereits viel früher. Notwendig ist es dazu, die Entwicklung der Bundeswehr über die letzten Jahrzehnte darzustellen, um die eigentlichen Zeitenwende zu identifizieren. Dieses in

Buchform kompakt und übersichtlich darzustellen, kann kein anderer leisten als Jürgen Wagner, der als Geschäftsführer der Informationsstelle Militarisierung e.V. diese Entwicklungen seit langem mit zahlreichen Publikationen verfolgt hat. Hierbei wurde von dem Autor immer der Gesamtkontext von NATO-Strategien und EU-Aufrüstung berücksichtigt.

Im ersten Kapitel seines Buches wird kurz der Werdegang vom Kalten Krieg zu neuen Weltmachtansprüchen skizziert. Dieses endet mit der eigentlichen Zeitenwende des Dokumentes „Neue Macht – Neue Verantwortung“ vom September 2013 als Blaupause für Gaucks Rede zur Münchner Sicherheitskonferenz 2014.

Recht kompakt ist auch ein weiteres Kapitel zur Entwicklung der deutschen Rüstungsindustrie. Die Bewertung eines Industriezweiges, der volkswirtschaftlich nur eine geringe Relevanz hat, aber seitens der Politik als strategisch angesehen wird, bleibt hierbei ein schwieriges Unterfangen. Mit Sicherheit muss hierbei das Wunsdenken der Politik angesichts der sich abzeichnenden schweren Wirtschaftsdepression demnächst neu bewertet werden.

In mehreren Kapiteln werden die aktuell laufenden Aufrüstungsprogramme behandelt, wobei der Darstellung des Wirtschaftsplanes zum „Sondervermögen“ der Bundeswehr in ei-

nem eigenen Kapitel die bereits vorher eingeleitete „Trendwende“ bei Personal, Material und Finanzen voran gestellt wird.

Im abschließenden Kapitel werden die sich abzeichnenden Konsequenzen der Aufrüstung behandelt. Dazu gehören die zunehmende Relevanz des Rüstungs-Lobbyismus, der inneren Militarisierung sowie der Entzug finanzieller Ressourcen in den Bereichen Soziales und Ökologischer Umbau. Wenngleich nicht in absoluten Zahlen, so doch als größte Institution des Bundes, trägt die Bundeswehr erheblich zu CO2-Emissionen bei. Welche Mittel stattdessen zum Kampf gegen den Klimawandel aufgewendet werden müssten, wird auch daran deutlich, dass zumindest bei dem US-Militär die klimabedingten Bedrohungen von Militärbasen durch Wirbelstürme ein relevantes Thema sind.

Ob es der deutschen Politik gelingt, dass „das Land in die Riege der Top-Rüster aufsteigen“ wird, wie es im Klappentext heißt, muss angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der globalen Umbruchsituation bezweifelt werden. Umso mehr ist deshalb angesichts der wahnsinnigen Aufrüstungsrunde keine Resignation, sondern ein qualifizierter und Erfolg versprechender Widerstand angesagt. Dazu leistet das Buch von Jürgen Wagner einen wertvollen Beitrag. (Karl-Heinz Peil)

**Michael Müller, Peter Brandt,  
Reiner Braun:  
Selbstvernichtung oder  
gemeinsame Sicherheit?**

Westend-Verlag, 144 Seiten, 20,00 €

Wenn in unserem Jahrzehnt der Extreme mit Ukraine-Krieg und Klimakrise – wie es im Untertitel dieses Buches heißt – überhaupt noch eine Chance für ein Gegensteuern in der deutschen Politik gibt, dann kommt man um einen intensiven Dialog mit dem sozialdemokratischen Spektrum nicht umhin. Trotz der Metamorphosen führender SPD-Politiker und der schrittweisen Entsorgung der in früheren Jahrzehnten maßgeblich von der

SPD getragenen Entspannungspolitik gibt es dort immer noch besonnene Stimmen, die gewichtig sind. Es ist deshalb verdienstvoll, dass dazu ein Buch erschienen ist, das in der Autoren-Kombination an bisherige Positionierungen anknüpft, wie sie in der SPD-konsensfähig waren. International entspricht dieser Konsens den Grundsätzen, wie sie in den 80er Jahren mit dem Palme-Bericht erstellt wurden und welche mit dem globalen Konzept „Gemeinsame Sicherheit 2022“ im April d.J. aktualisiert neu aufgelegt wurden, unter deutscher Beteiligung von Peter Brandt und Reiner Braun.

Die aktuell drohende, doppelte Gefahr einer Selbstvernichtung der



Menschheit durch Klimakrise und globale Kriegsgefahr wird vor allem durch Michael Müller in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender der Naturfreunde (mit SPD-Hintergrund) thematisiert.

Zu den vier Kapiteln des Buches werden am Schluss mehrere Einzelmeinungen zitiert, womit die Autoren den Anspruch für eine offene Debatte zu dem kontroversen Thema unterstreichen. Schließlich besteht das Anliegen der drei Autoren ja auch nicht darin, die *richtigen* Schuldzuweisungen zu

vermitteln, trotz der Vielzahl von Einzelaspekten, die zur Entwicklung in Russland, der Ukraine und der westlichen Positionen seitens von EU und NATO als Bewertungsgrundlage dienen.

Beiträge mit dem Anspruch, auf die dringend notwendige Beendigung des Krieges hinzuwirken, sind schließlich nur mit kritischer Distanz zu allen Konfliktparteien möglich.

Bemerkenswert ist, dass in der Wochenendausgabe der Berliner Zeitung

am 8.10. ein ausführlicher Gastbeitrag des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu dem Buch erschien. Sein Fazit lautete:

*„Ich gebe den Autoren recht: Statt einer Kriegslogik muss es zu einer Friedenslösung im Sinne der Gemeinsamen Sicherheit kommen. Das ist im Interesse Europas, ja im Interesse der Selbstbehauptung Europas in einer Welt, die sich in einem tiefen Umbruch befindet“.*

*(Karl-Heinz Peil)*

## Erhard Crome: Russlands ukrainischer Krieg - Die Ursachen und die Folgen

edition Ost, 192 Seiten, 17,00 €



Erhard Crome gilt seit langen Jahren als geschätzter Politikwissenschaftler, der seinen Sachverstand mit nüchternen Blick bei Vorträgen und Publikationen darstellt. Sein im Sommer fertig gestelltes Buch behandelt den Ukraine-Krieg auf mehreren Ebenen. Die von vielen anderen Autoren bereits behandelte Vorgeschichte mit der NATO-Osterweiterung ist hierbei nur eine Perspektive von vielen.

Die komplexe geopolitische Konstellation und historische Entwicklung der

Ukraine – mit unterschiedlichen Grenzbeziehungen – erfordert einen Rückblick auf den Ersten Weltkrieg und die russische Revolution 1917. Notwendig ist dieses vor allem auch wegen Putins Rede an die Nation vom 21.2.2022 und seine darin geäußerte Sichtweise zur Nationalitätenfragen, mit Grundsatzkritik an den Bolschewiki und Lenins Nationalitätenpolitik.

Die russische Sicht, die letztlich zur Kriegsentscheidung geführt hat, beruhte offensichtlich auf mehrere Fehleinschätzungen, die vom Autor im einzelnen dargestellt werden.

Eine andere Sichtweise ist der innere Zustand der Ukraine, geprägt von Oligarchenherrschaft, Korruption und faschistischen Traditionen, die in der offiziellen Politik stark verankert sind.

Besonders hart ins Gericht geht der Autor mit der blindwütigen Identifizierung zugunsten der Ukraine, wie dieses in Deutschland vor allem auch in den öffentlich-rechtlichen Medien stattfindet. (Überschrift: „Deutsche Eidechsenhirne“). Beispielhaft wird dieses an Talkshows dargestellt, wozu ausführlich aus Internetforen zitiert wird, die sich auf diese Sendungen beziehen. Die Auflistung solcher Stimmungsbilder hat auch einen relevanten Aussagewert, ähnlich wie Leserbriefe in Zeitungen.

Erhard Crome geht es neben der ausführlichen Ursachendarstellung vorrangig um die Folgen für die deutsche und internationale Politik.

Die deutsche Politik ist hierbei geprägt von Metamorphosen von pazifis-

tischen zu bellizistischen Positionen, wie es in extremer Weise bei führenden Politikern der Grünen festzustellen ist.

Dass die Wirtschaftssanktionen Deutschlands und der EU selbstmörderisch sind, hat auch global erhebliche Rückwirkungen.

Ausführlich behandelt werden im Kapitel „Gewichtsverschiebungen“ die geopolitischen Weichenstellungen, die sich bereits seit langem abzeichnen, wie z.B. die Rolle der BRICS-Staaten versus G7-Länder. Der Ukraine-Krieg wirkt hier drastisch beschleunigend auf den Niedergang der EU als imperiales Zentrum.

Gravierender ist der Hinweis des Autors, dass die kollektive Menschheitsaufgabe zur Begrenzung der Erderwärmung angesichts der globalen Konflikt- und Kriegeskalation seit Beginn des Ukraine-Krieges praktisch nicht mehr aufzuhalten ist.

Das Buch hat zwar einige Längen, was vor allem den persönlichen Erfahrungen und Personenkenntnissen des Autors geschuldet ist. Dennoch wird der globale Zusammenhang von Ursachen und Folgen des Ukraine-Krieges im wesentlichen kompakt vermittelt. Erhard Crome wird damit seinem Anspruch gerecht, Ursachen und Folgen umfassend darzustellen. Für LeserInnen, die sich nicht die Mühe machen wollen, sich dieses übergreifende Verständnis aus einer Vielzahl von Einzelanalysen in Online-Medien zu erschließen, ist sein Buch deshalb unbedingt zu empfehlen. *(Karl-Heinz Peil)*

## Sozialdemos: Gegen Teuerung, aber nicht gegen den Krieg?

Von Thomas Moser, Journalist



Friedensdemo am 1.10. in Berlin.  
Foto: Naturfreunde Deutschlands

Zu den Kundgebungen in sechs Großstädten kommen weniger Teilnehmer als vorhergesagt. Das lag vor allem an der inhaltlichen Ausrichtung, die die Regierungspolitik zwar unausgesprochen, aber faktisch mitträgt.

Krieg ist der große Ordnungsfaktor einer Gesellschaft; die Zuchtkeule gegen das Durcheinander in einer Demokratie; der Organisator widerspruchsfreier Konformität im Land. Deshalb gibt es ein Interesse an Krieg. Dem Waffenkrieg folgt der Wirtschaftskrieg, dem wiederum Inflation, Teuerung und soziale Not folgen.

Wer gegen soziale Not demonstriert, muss auch gegen den Krieg demonstrieren, beziehungsweise für ein Ende des Krieges. Ein Bündnis mehrerer sozialdemokratisch und grün-alternativ angehauchter Organisationen wie DGB, Verdi, BUND oder das Online-Kampagnennetzwerk Compact versuchten am Wochenende das gegenteilige Kunststück: gegen Preissteigerungen, explodierende Energiekosten und soziale Not zu demonstrieren und den Krieg als Problem auszublenden. In Berlin, Dresden, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt/Main und Stuttgart wurden Kundgebungen organisiert.

In Stuttgart waren es etwa 3000 Teilnehmer. Die Veranstalter sprachen von 4000, weshalb deren Angabe von insgesamt 20.000 Demonstrierenden

in den sechs Städten wahrscheinlich zu hoch ist. Jedenfalls kamen wesentlich weniger Leute zusammen als erwartet, trotz der gewichtigen Bündnispartner. Compact versuchte mit einem wahren Schlachtruf zu mobilisieren: „Wir holen uns

die Straße zurück! Mit großen Demos in sechs Städten.“ Das hörte sich ein bisschen nach AfD an: „Wir holen uns unser Land zurück!“ Tatsächlich hat den professionellen Demo-Organisatoren in den letzten drei Jahren niemand von denen, die da auf der Straße waren, geraten, brav zuhause zu bleiben und den Lockdown zu befolgen.

Jetzt sind sie also wieder auf der Straße, doch ihre Mobilisierungsfähigkeit ist verloren gegangen. Das liegt vermutlich an der politischen Ausrichtung der „Proteste“, nur die „Straße zurückholen“ zu wollen, ist ein bisschen wenig. Den Krieg als die Quelle des Übels prangern die Veranstalter nicht an, sein sofortiges Ende wird nicht gefordert. Sie interessiert nur, wer angefangen hat, nicht, wer den Krieg mit Geld, Waffen und Menschenleben befeuert und ihn in Wahrheit gar nicht beenden will.

Im Demoaufruf wird alles auf Putin und seinen Angriffskrieg zurück geführt. So auch die Verteuerung von Energie, die Folge ihrer Verknappung ist. Die Energieverknappung ist aber Ergebnis des Embargos, sprich: der deutschen Weigerung russisches Gas zu beziehen, und nicht etwa der russischen Weigerung, Gas zu liefern.

Wer die real-existierende Kriegspolitik der Bundesregierung nicht einmal als solche benennt, will sie auch nicht kritisieren. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi positioniert sich pro Sanktionen und will lediglich die Folgen ausgeglichen haben. Auch Compact ist

nicht gegen die deutsche Kriegsunterstützungspolitik, wie Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen, sondern will lediglich eine „faire Verteilung der Last“. Die Last an sich wird also akzeptiert.

### Kein Thema: Krieg und die deutsche Beteiligung

Dass diese angeblichen „Nicht-Regierungsorganisationen“ nicht nur keine Kritik an der Regierungspolitik üben, sondern sie im Gegenteil sogar klammheimlich mittragen, merkt eine in den letzten drei Jahren hoch politisierte Gesellschaft sehr wohl und wendet sich mittlerweile ab.

Da ist die Zerstörung der Gaspipeline von Russland nach Deutschland, die man auch als Maßnahme zur Energieverknappung bezeichnen könnte. Noch sind die Täter nicht bekannt, es will aber nicht so richtig einleuchten, dass sie unter denen zu suchen sein sollen, die das Gas verkaufen wollten, das jetzt nicht mehr geliefert werden kann.

Auf der Kundgebungsbühne am Stuttgarter Schlossplatz ist auch dieser Anschlag, der die westliche Rolle in diesem Krieg grundlegend hinterfragen müsste, kein Thema. Stattdessen aber bei einer kleinen Gruppe am Rande der Kundgebung. Sie fordert eine Untersuchung des Sabotageaktes und hat ein Transparent erstellt, auf dem zu lesen ist: „Ernstzunehmende Ergebnisse einer Untersuchung der Pipeline-Sabotage darf es nicht geben, denn die Menschen könnten verunsichert werden und plötzlich auf Ideen kommen.“ Das bezieht sich auf das Grüne Bundeswirtschaftsministerium, das verbindliche Auskünfte dazu mit dem Joker-Argument verweigert, das Staatswohl könnte gefährdet werden.

Die unabhängige Stuttgarter Friedensgruppe fordert auch die Schließung der US-Militär-Kommandozentralen und Stützpunkte Eucom und Africom in ihrer Stadt. Eigentlich eine Forderung, die seit Jahrzehnten auf der Agenda der Friedensbewegung steht, die nun aber angesichts der BRD-



## Soziale Gerechtigkeit ist ohne Frieden und Abrüstung nicht zu haben

Text eines Flyers anlässlich der Sozialproteste am 22.10.2022

von Bundesausschuss Friedensratschlag und Kooperation für den Frieden



Demonstration am 1.10.2022 in Stuttgart,  
Foto: Friedensnetz Baden-Württemberg

Mit den Hunderten Milliarden Euro, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten das deutsche Militär finanzieren sollen, wird die Konfrontation gegen Russland und China weiter gestärkt, aber nicht die deutsche Gesellschaft modernisiert. Folgerichtig fordern wir den Ausstieg aus der Kriegslogik nicht nur von Staaten wie Russland und den USA, sondern auch von Deutschland.

International braucht es eine erneuerte Politik internationaler Zusammenarbeit und des Interessensausgleichs auf der Grundlage der Anerkennung des Völkerrechts und der allgemein gültigen Menschenrechte.

Die Vorhersage ist, dass sich die soziale Schieflage über die nächsten Monate in Deutschland, in den europäischen Nachbarländern und weltweit weiter verschlechtern wird. Jede weitere Steigerung der Inflationsrate in Deutschland wird zu einem weiteren Absinken der Reallöhne führen. Wenn bereits jetzt untere und mittlere Schichten der Bevölkerung nicht mehr wissen, wovon sie die rasant steigenden Energiekosten, Mieterhöhungen oder die anwachsenden Nahrungsmittelpreise bezahlen sollen – dann droht es noch schlimmer zu kommen.

Allgemein wird für diese Kostensteigerungen und die Einbuße sozia-

ler Sicherheit der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine verantwortlich gemacht.

Die fortgesetzte militärische Unterstützung des Wes-

tens für die Ukraine ohne eine Perspektive auf diplomatische Verhandlungen, die Einverleibung ukrainischer Landesteile in die russische Föderation, sowie die Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden, eskalieren den Ukraine-Krieg weiter. Dieser Krieg droht nicht nur zu einem Dauerkrieg zu werden, sondern trägt in sich die Gefahr der Eskalation zu einem Einsatz von Atomwaffen.

Nur Waffen zu liefern und dabei keine Wege zu einem Verhandlungsfrieden zu suchen, ist falsch. Echte Solidarität heißt Rettung von Menschenleben und Schutz von Deserteuren und Aufnahme von Geflüchteten. Deswegen müssen Waffenstillstand und Verhandlungen rasch Vorrang erhalten.

Nur Diplomatie, Dialog und Kooperation können den Krieg in der Ukraine durch gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine beenden. Die Entfaltung von Strukturen gemeinsamer Sicherheit für Interessensausgleich und folgende militärische Abrüstung dürfte das weltweite Ringen um soziale Gerechtigkeit hier und überall erleichtern. Das zu fordern ist wahre Solidarität mit den leidenden Menschen!

Deutschland muss sich gegen die Aufwendung von 2%

des Bruttoinlandsprodukts für den jährlichen Rüstungshaushalt entscheiden sowie die Umwidmung des 100 Milliarden Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Soziales, Umwelt und Klima, Gesundheit und Bildung angehen. Deutsche Außenpolitik muss auf die internationale Gemeinschaft einwirken, mit allen Kräften des Südens und des Nordens Frieden für die Ukraine und andere Konflikte zu suchen.

Ein forciertes Eintreten in klimagerechte regenerative Energien muss diese Politik begleiten, statt weiterhin klimaschädliches Gas, Fracking, Kohle und Atom zu nutzen.

Der uns alle gefährdende Klimawandel, die weltweite Ernährungs- und Flüchtlingskrise, die Zunahme von Fluchtursachen und Geflüchteten wie auch der internationale Rüstungswettlauf erfordern globale Antworten. Unabhängig davon

Voraussetzung dafür ist eine Politik, die friedliche Kooperationen fördert und sich zum Regelwerk der UN-Charta bekennt. Nur so sind die verwobenen Konfliktfelder der globalen Klima- und Umweltkrise sowie erheblicher gesellschaftlicher Verwerfungen bei uns und überall erfolgreich zu bearbeiten. Deutschland muss dabei vorangehen. Dafür streiten wir – und wünschen uns, das gemeinsam mit Euch zu tun!



Demonstration am 1.10.2022 in Köln mit Plakaten von Keil/Scheffele/Seitz (siehe Titelseite und Seite 17),  
Foto: Dieter Seitz. Die Plakate können beim Netzwerk Friedenskooperative angefordert werden.



Im Jahr des russischen Angriffs auf die Ukraine wird sich der Kongress der Informationsstelle Militarisation mit der Vorgeschichte des Konflikts und den Folgen insbesondere in Deutschland auseinandersetzen.

Abseits der konkreten Gefechte und Frontverläufe wird der Krieg in der Ukraine als Konflikt der Großmächte und Stellvertreterkrieg analysiert und ein genauerer Blick auf westliche Sanktionen und Waffenlieferungen geworfen.

Auch die zahlreichen Reformen der NATO- und Bundeswehrstrukturen und die Verwendung der deutlich erhöhten Rüstungsausgaben werden ausführlich aufgearbeitet. Schon jetzt ist zudem absehbar, dass interessierte Kreise auf eine Verstärkung des Bundeswehr-Sondervermögens drängen werden, eine Auseinandersetzung, die in wenigen Jahren von zentraler Bedeutung sein wird und auf die es bereits heute gilt, sich vorzubereiten.

Wir wollen jedoch auch einen Blick auf die möglichen Alternativen werfen: Welche Konzepte bestehen für den gewaltfreien Widerstand gegen Krieg und Besatzung, welche „Sicherheitsarchitekturen“ können ein friedliches Zusammenleben in Europa ermöglichen und welche Aufgaben bestehen aktuell für die Friedensbewegung?

Der Kongress findet von Samstagmittag (19.11.) bis Sonntagnachmittag (20.11.) in der Hermann-Hepper-Halle in Tübingen, Westbahnhofstraße 23, statt (vom Hbf mit den Buslinien 11 oder zwölf bis Weberstr.).

Die Räumlichkeiten sollten für alle Eventualitäten ausreichend Platz bieten. Über etwaige sonstige pandemiebedingte Auflagen informieren wir kurz vor Beginn des Kongresses auf dieser Seite: <https://www.imi-online.de/2022/09/26/kongress2022/>

### **Samstag 19. November: Ukraine, Russland, NATO und die Rückkehr der Machtpolitik**

**12h-12h15** Begrüßung

#### **12h15-14h Ukraine-Krieg: Vorgesichte, Interessen, Verlauf**

Auf Kollisionskurs: NATO, Russland und die Ukraine (Jürgen Wagner)  
Schwere Waffen und westliche Stellvertreter-Strategie (Claudia Haydt)

#### **14h30-16h30 Die Auswirkungen des Krieges**

##### Über den Tellerrand I:

— Konflikte um die Arktis (Ben Müller)

— Die Ostsee als NATO-Binnenmeer? (Merle Weber)

##### Über den Tellerrand II:

— Der Krieg und die Arabische Welt (Jacqueline Andres)

— Der Ukrainekrieg und der Globale Süden (Pablo Flock)

#### **17h00-19h00 Alternativen**

— Sand im Getriebe: Kriegsdienstverweigerung, Desertion und Asyl im Ukraine-Krieg (Franz Nadler)

— Soziale Verteidigung als Alternative (Victoria Kropp)

— Konturen einer alternativen Sicherheitsarchitektur (René Jokisch)

Im Anschluss: Punk-Rock-Lyrik-Lesung – Make Punk Not War!

### **Sonntag 20. November: Zeitenwende Aufrüstung**

#### **10h-12h Das Sondervermögen: Projekte – Struktur – Ideologie**

— 100 Mrd.: Das Gesetz und die Projekte (Tobias Pflüger)

— Der Totalumbau der Bundeswehr: Aufrüstung für Großmachtkriege (Martin Kirsch)

— Zeitenwende oder Kontinuität deutscher Militär- und Machtpolitik? (Jürgen Wagner)

#### **12h15-12h45 Auf dem Weg zum Rüstungskomplex: Das Handbuch Rüstung (Andreas Seifert)**

#### **13h-14h30 Podium: Die Zeitenwende und die Folgen – Herausforderung für die sozialen Bewegungen**

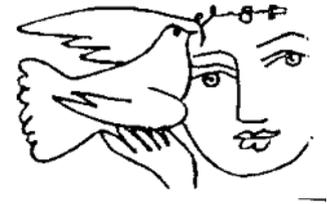
Der Kongress wird unterstützt von:

attac Tübingen/Reutlingen; DFG-VK Tübingen; Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen; Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

Für Nachfragen stehen wir natürlich wie immer im IMI-Büro zur Verfügung: Tel.: 07071-49154 / Mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

Mehr Infos und aktuelle Termine auf der Homepage des **Friedensnetz Baden-Württemberg** u.a. Friedenskalender  
<https://www.friedensnetz.de>

# Bundesweiter Friedensratschlag in Kassel am 10. und 11. Dezember 2022



## Unterwegs zu einer neuen Weltordnung – Weltkrieg oder sozialökologische Wende zum Frieden

### Block I a: Sa. 12:15 – 14:30 (Plenum)

**Podium:** Globale Umbruchsituation und neue Weltordnung

mit Jörg Kronauer, Christin Bernhold, Peter Wahl, Karin Kulow

**Vortrag:** Deutsche Großmachtambitionen im Kontext von neuer NATO-Strategie und EU-Militarisierung

von Jürgen Wagner

**Vortrag:** Dark Eagle - ein Déjà-vu mit Pershing 2

von Joachim Wernicke

### Block I b: Sa. 14:45 – 16:00 (Workshops)

Diskussion zur globalen Umbruchsituation

mit Referierenden aus Podium Block Ia

Der Aufstieg Chinas und Indiens - Chancen, Risiken und deutsche Ambitionen

mit Uwe Behrens

Aktuelle Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten

mit Karin Leukefeld

Geopolitische Dynamik in Afrika

mit Frauke Banse

Antikolonialismus und Antiimperialismus in der Kunst

mit Werner Ruf, N.N. Ruangrupa-Kollektiv (documenta)

### Block II a: Sa. 16:30 – 18:00 (parallele Podien und Workshops)

**Podium:** Kontroversen zum Ukraine-Krieg

mit Hermann Kopp, Helmut Lohrer, Wiltrud Rösch-Metzler, Franziska Hildebrandt, Ulrich Schneider

**Podium:** Umweltfragen in der Friedensbewegung

mit Jacqueline Andres, Angelika Claußen, Karl-Heinz Peil

Friedensperspektiven für Afghanistan

mit Heela Najibullah

### Block II b: Sa. 18:30 – 20:00 (Workshops)

Diskussion zum Ukraine-Krieg

mit Referierenden aus Podium Block Ia

EU-Interessen - „Vasallen“ oder „Kumpane“ der USA?

mit Frank Deppe

Innenpolitische Entwicklungen in Russland und der Ukraine

mit Ulrich Heyden (per Video) und Susann Witt-Stahl

Formierung der öffentlichen Meinung und Feindbildpflege

mit Ekkehard Sieker

Wirtschaftsblockaden: „zivile Alternative“ zu Krieg?

mit Jochim Guilliard

### Block III a: So. 9:00 – 11:00 (Plenum)

Vortrag: „UNO befreien, Missbrauch internationaler Organisationen verhindern“

mit Hans-Christoph von Sponeck

**Podium:** Verhandlungslösungen für die Ukraine und eine neue globale Friedensordnung

mit Michael von der Schulenburg, Michael Müller, Daniela Dahn Norman Paech

### Block III b: So. 11:15 – 12:00

Diskussionen an Stehtischen

### Block IV: So. 12:00 – 14:00 (Plenum)

**Vortrag:** Sozialproteste und Friedensbewegung

von Sevim Dagdelen

**Podium:** Herausforderungen für die Friedensbewegung durch Kriege und Hochrüstung

mit Angelika Claußen, Christoph von Lieven, Reiner Braun

### Organisatorische Hinweise

Näheres online auf <https://friedensratschlag.de>

**Einlass und Anmeldung am Samstag ab 11 Uhr**

**Anreise mit Bahn und ÖPNV:** von Kassel-Wilhelmshöhe mit ÖPNV-Ziel: **Halitplatz** mit Tram 1 Richtung Vellmar

**Anreise mit Pkw:** **Holländische Str. 74, 34127 Kassel**



**Anmeldung und Kostenbeitrag:** Für Teilnehmende wird an der Anmeldung vor Ort ein Standardbeitrag von **25 Euro** und reduziert von **10 Euro** erhoben. Reduzierung auf 10 Euro (z.B. Hartz IV, Studenten) bitte bei der Anmeldung angeben.

**Bitte Anmeldung möglichst nur per E-Mail an [anmeldung@friedensratschlag.de](mailto:anmeldung@friedensratschlag.de)**

Hotel-**Übernachtungen** müssen evtl. im weiteren Umfeld gebucht werden, wo eine gute Tram-Anbindung gegeben ist, z.B. in der Wilhelmshöher Allee.

Wenn Privat-Unterkünfte gewünscht werden, bitte eine Mail an: [info@kasseler-friedensforum.de](mailto:info@kasseler-friedensforum.de)

## „Milliardengrab Kampfjet F-35 – auch für Deutschland

von Karl-Heinz Peil | Seite 3 bis 5

- [1] Mikeska, Johannes (2022): Die F-35: Viel Geld für wenig Sicherheit | Hrsg: Greenpeace e.V.  
<https://www.greenpeace.de/infomaterial/F35Bomber.pdf>
- [2] GAO: „Cost Estimating and Asses Guide“ (2020)  
<https://www.gao.gov/assets/gao-20-195g.pdf>
- [3] <https://esut.de/2022/06/meldungen/34947/f-35-der-bundeswehr-lockheed-martin-bereitet-vertrag-vor/>
- [4] EU-JRC. 2020 Critical Raw Materials for Strategic Technologies and Sectors in the EU – A Foresight Study  
[https://rmis.jrc.ec.europa.eu/uploads/CRMs\\_for\\_Strategic\\_Technologies\\_and\\_Sectors\\_in\\_the\\_EU\\_2020.pdf](https://rmis.jrc.ec.europa.eu/uploads/CRMs_for_Strategic_Technologies_and_Sectors_in_the_EU_2020.pdf)
- [5] Selwyn, Daniel. 2020 Martial Mining | Hrsg.: London Mining Network <https://londonminingnetwork.org/wp-content/uploads/2020/04/Martial-Mining.pdf>
- [6] <https://rabble.ca/environment/cop26-and-the-carbon-pollution-from-canadas-new-fighter-jets/> Dieses wird jetzt von Lockheed- Martin energisch bestritten. Siehe dazu:  
<https://www.popularmechanics.com/military/aviation/a26102065/f-35s-unflyable/>
- [7] Beispiel aus der Stadt Winooski im Bundesstaat Vermont:  
<https://www.winooski.vt.gov/DocumentCenter/View/3073/F-35-Operations-Update---4920?>
- [8] nach einem Kommentar der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSOA): <https://www.gsoa.ch/anhangerlaeuterungen-der-allianz-gegen-den-f-35-zum-bericht-der-efk/>
- [9] Lorincz, Tamara. 2022 Soaring: The Harms and Risks of Fighter Jets and why Canas must not buy a new Fleet | Hrsg.: Women’s International League for Peace & Freedom (WILPF) Canada  
[https://wilpfcanda.ca/wp-content/uploads/2022/02/03-Harms-of-Fighter-Jets-Report\\_Final.pdf](https://wilpfcanda.ca/wp-content/uploads/2022/02/03-Harms-of-Fighter-Jets-Report_Final.pdf)
- [10] <https://www.ethecon.org/2022/08/22/kauf-von-f-35-kampfjets-stoppen/>

Zum Stichwort Lebenszykluskosten siehe auch:

<https://www.heise.de/tp/features/Die-100-Milliarden-Euro-fuer-die-Bundeswehr-sind-nur-der-Anfang-7181056.html>

## Schweizer Initiative gegen die Beschaffung des F-35

GSoA-Interview | Seite 6 und 7

<https://www.gsoa.ch/>  
[https://www.gsoa.ch/press\\_release/unhaltbarer-entscheid-der-sik-n-stimmbevoelkerung-muss-ueber-das-groesste-ruestungsgeschaef-der-schweizer-geschichte-abstimmen-koennen/](https://www.gsoa.ch/press_release/unhaltbarer-entscheid-der-sik-n-stimmbevoelkerung-muss-ueber-das-groesste-ruestungsgeschaef-der-schweizer-geschichte-abstimmen-koennen/)

## Militarisierung: Zeitenwende in den Köpfen

von German Foreign Policy | Seite 8 und 9

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9060>

- [1] „Die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens“. Rede von Außenministerin Annalena Baerbock bei der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie. [auswaertiges-amt.de](https://www.auswaertiges-amt.de) 18.03.2022.
- [2] Rede von Bundeskanzler Scholz bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022. [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) 16.09.2022.
- [3], [4], [5] Philipp Fritz, Dominik Steckel: Mindset LV/BV: Das geistige Rüstzeug für die Bundeswehr in der Landes- und Bündnisverteidigung. Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Arbeitspapier 9/22.
- [6] S. dazu [Ruhm und Ehre, Bundeswehrkritik von rechts](#) und [Tabubrecher im Zweiten Kalten Krieg](#).
- [7] The Berlin Pulse 2022/23. [koerber-stiftung.de](https://www.koerber-stiftung.de).
- [8] S. dazu [Orientierung auf Akzeptanz](#).

## Der sanfte Weg in den Abgrund

von Leo Ensel | Auszüge auf Seite 9

<https://gobalbridge.ch> (1.11.2022)

und

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=89993> (4.11.2022)

## Wer profitiert von der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik?

Von Christian Kreiß | Seite 10 und 11

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=89164>

Fußnoten:

- [«1] Laut NZZ vom 6.10.22 dürfte es sich um Sprengungen durch einen staatlichen Akteur handeln:  
[nzz.ch/wirtschaft/pipeline-projekt-nord-stream-2-die-neuesten-entwicklungen-ld.1483495](https://www.nzz.ch/wirtschaft/pipeline-projekt-nord-stream-2-die-neuesten-entwicklungen-ld.1483495)
- [«2] [nachdenkseiten.de/?p=88831#h08](https://www.nachdenkseiten.de/?p=88831#h08)
- [«3] [youtube.com/watch?v=fR39mjU2S54](https://www.youtube.com/watch?v=fR39mjU2S54)
- [«4] [zdf.de/nachrichten/politik/scholz-biden-ukraine-konflikt-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/scholz-biden-ukraine-konflikt-100.html)
- [«5] [berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohl-deswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634](https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohl-deswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634)
- [«6] [youtube.com/watch?v=ESG14\\_DsUIA](https://www.youtube.com/watch?v=ESG14_DsUIA)
- [«7] [berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohl-deswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634](https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohl-deswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634)
- [«8] Handelsblatt 29.8.2022:  
[handelsblatt.com/unternehmen/gas-und-strom-deutschland-steckt-in-einer-energiepreisfalle-in-](https://www.handelsblatt.com/unternehmen/gas-und-strom-deutschland-steckt-in-einer-energiepreisfalle-in-)

[schluesselindustrien-werden-betriebe-reihenweise-schliessen/28622880.html](https://schluesselindustrien-werden-betriebe-reihenweise-schliessen/28622880.html)

[«9] [handelsblatt.com/unternehmen/gas-und-strom-deutschland-steckt-in-einer-energiepreisfalle-in-schluesselindustrien-werden-betriebe-reihenweise-schliessen/28622880.html](https://handelsblatt.com/unternehmen/gas-und-strom-deutschland-steckt-in-einer-energiepreisfalle-in-schluesselindustrien-werden-betriebe-reihenweise-schliessen/28622880.html)

[«10] [berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/erste-firmen-stoppen-produktion-fuer-immer-substanz-der-industrie-bedroht-li.262725](https://berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/erste-firmen-stoppen-produktion-fuer-immer-substanz-der-industrie-bedroht-li.262725)

[«11] [nachdenkseiten.de/?p=86125](https://nachdenkseiten.de/?p=86125)

[«12] [wsws.org/de/articles/2022/10/03/tafe-o03.html](https://wsws.org/de/articles/2022/10/03/tafe-o03.html)

[«13] [focus.de/finanzen/boerse/investment-wem-gehoert-die-deutschland-ag\\_id\\_10787791.html](https://focus.de/finanzen/boerse/investment-wem-gehoert-die-deutschland-ag_id_10787791.html)

[«14] [fred.stlouisfed.org/series/DPSACBW027SBOG](https://fred.stlouisfed.org/series/DPSACBW027SBOG)

[«15] [economist.com/business/2020/12/09/companies-have-raised-more-capital-in-2020-than-ever-before?utm\\_campaign=the-economist-today&utm\\_medium=newsletter&utm\\_source=salesforce-marketing-cloud&utm\\_term=2020-12-09&utm\\_content=article-image-1&etear=nl\\_today\\_1](https://economist.com/business/2020/12/09/companies-have-raised-more-capital-in-2020-than-ever-before?utm_campaign=the-economist-today&utm_medium=newsletter&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=2020-12-09&utm_content=article-image-1&etear=nl_today_1)

[«16] [wsj.com/articles/buyout-firms-seek-1-trillion-of-new-funding-even-as-markets-drop-and-deal-making-dries-up-11658136602](https://wsj.com/articles/buyout-firms-seek-1-trillion-of-new-funding-even-as-markets-drop-and-deal-making-dries-up-11658136602), Wall Street Journal 19.7.2022

[«17] [de.statista.com/themen/26/bip/](https://de.statista.com/themen/26/bip/)

[«18] [bvmw.de/themen/mittelstand/zahlen-fakten/](https://bvmw.de/themen/mittelstand/zahlen-fakten/)

[«19] [menschengerechtwirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/07/Buch-Mephisto-30.4.20-mit-Bild-1.pdf](https://menschengerechsetwirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/07/Buch-Mephisto-30.4.20-mit-Bild-1.pdf) S.60ff.

[«20] Institute of international Finance (iif), Global Debt Monitor 18th May 2022

[«21] [tradingeconomics.com/united-states/central-bank-balance-sheet](https://tradingeconomics.com/united-states/central-bank-balance-sheet)

[«22] [berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohl-deswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634](https://berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohl-deswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634)

## Kriegsdrehscheibe Deutschland

Seite 12 und 13

Quellen:

Kriegsdrehscheibe Deutschland

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9052>

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1167480.usa-und-ukraine-neue-kommandantur-der-us-armee-in-wiesbaden-geplant.html>

<https://www.jungewelt.de/artikel/434637.eskalationspolitik-die-usa-betrachten-ramstein-als-ihr-gebiet.html>

<https://publikumskonferenz.de/forum/viewtopic.php?f=33&t=3331&p=9987&hilit=Eucom#p9987>

<https://www.hessenschau.de/politik/us-army-richtet-ukraine-hilfszentrum-in-wiesbaden-ein-v1.us-militaerstützpunkt-wiesbaden-ukraine-100.html>

<https://militarybases.com/overseas/germany/wiesbaden/>

## Sozialdemos: Gegen Teuerung, aber nicht gegen den Krieg?

von Thomas Moser | Seite 16 und 17

Quelle:

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/verstaatlichte-proteste-die-dgb-sozialdemos-wenden-sich-gegen-teuerung-aber-nicht-gegen-den-krieg/> (23.10.2022)

Thomas Moser ist Journalist und Autor, der unter anderem für die ARD und das Online-Magazin "Telepolis" schreibt. Der studierte Politologe beschäftigte sich mit dem NSU-Prozess und veröffentlichte hierzu zeitgeschichtliche Bücher (u.a. "NSU - Die doppelte Vertuschung"). In jüngerer Vergangenheit berichtete er über die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz und veröffentlichte auch dazu ein Buch ("Der Amri-Komplex").